

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelhe Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage...

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsreihige Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden...

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Papst Leo XIII.

Rom, Montag 20. Juli, 4 Uhr 4 Min. nachmittags. Der Papst ist um 4 Uhr nachmittags gestorben.

Einer der erfolgreichsten Päpste, einer der gewandtesten Diplomaten ist aus dem Leben geschieden. Leo XIII., der nach dem Verlusse der weltlichen Herrschaft und nach der Proklamierung des Unfehlbarkeitsdogmas aus der Wahl des Conciliums hervorgegangen ist...

Leo XIII. war in fast allen Stücken das Gegenstück seines Vorgängers, er war ein hochgebildeter Theologe, ein feingefühlter Diplomat, ein hervorragendes theologisches Wissen und gar keine diplomatische Begabung besaß...

Eine schwere Erbkrankheit hatte Leo XIII. seinem Nachfolger überlassen. Die gläubige katholische Christenheit war noch nicht beruhigt von den Kämpfen um das Unfehlbarkeitsdogma, die sie in ihren Tiefen aufgewühlt hatte...

Anders hinterläßt Leo XIII. seinem Nachfolger die Angelegenheiten des päpstlichen Stuhls! Die katholische Kirche ist einiger denn je; der Ultrakatholizismus ist völlig verschwunden, in Deutschland ist fast die letzte Spur des Kulturkampfes ausgeblüht...

Es ist gewiß, daß diese Erfolge ein hervorragendes diplomatisches Talent voraussetzen. Aber es darf nicht übersehen werden, daß Leo XIII. von den Verhältnissen selber stark in die Hände gearbeitet wurde...

Diktatur der Reaktion sich mit politischen Grundsätzen befreunden konnte und von ihnen angeheimelt fühlen mußte, die die persönliche Willkür mit einem Glorienchein umgaben...

Und dies führt uns auf ein andres Gebiet der politischen Gegenleistungen, das in der Politik Leos XIII. eine wichtige Rolle spielt. Gerade seine hohe theologische Bildung und zum nicht geringen Teil das fortgesetzte Studium des Aquinaten führte ihn zu einer totalen Verleugung des modernen Socialismus...

Wiewohl selber von den allereinfachsten Lebensgewohnheiten, hat Leo XIII. die Papstgewalt mit dem größten Pomp und Glanze umgeben, so als er in feierlichster Weise unter Zusammenströmen von hunderttausenden Pilgern aus allen Ländern und Weltteilen...

Die Geschichte wird Leo XIII. die Anerkennung zollen, daß er in kluger und beharrlicher Art die Interessen des Papsttums und des Katholizismus vertreten hat. Besonders gegenüber dem Bismarckschen Deutschland hat er es verstanden, das Ansehen seiner Kirche zu wahren und die weltliche Macht zu einem neuen Canossengang zu nötigen...

Leo XIII. erfolge und Mißerfolge beruhen gleichermassen darauf, daß er es verstand, sich mit den Mächtigen der Welt zu verstehen, sich mit den Unmächtigen aber in immer tieferen Gegensatz zu setzen. Leo XIII. Enchikliden über die sociale Fragen zeigen ihn stets als eifrigen Schutzherrn der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung...

Ein Personenwechsel auf dem Stuhle Petri ist den Völkern, die an der Hand der Wissenschaftsforschung nach Selbstständigkeit und Geistesfreiheit verlangen, eine Angelegenheit geringerer Bedeutung.

Leo XIII. wurde 1810 geboren, hieß vor seiner Wahl Gioacchino Pecci und stammt aus altem Adelsgeschlecht. Im Jesuitenkolleg in Viterbo erzogen, erhielt er 1832 den theologischen Doktorgrad...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Reinemachen.

Ihre sämtlichen Lorenze will die konservative Partei jetzt entlassen, Wohrer, die ihre Schuldigkeit nicht getan haben und die man drum heute desto leichter Herzens gehen heißt...

„Eine schöne und dankbare Arbeit für den, der auch im Frieden dem Vaterlande und der Monarchie einen ganzen Mann stellen möchte, aber keine Arbeit für Mietlinge!... Wir sagen damit nichts gegen die exprobierten konservativen Wanderredner, die auch „im Frieden“ ihre konservative Gesinnung beweisen; alle Achtung und allen Dank für ihre aufopfernde Arbeit...“

Da sie aber eine Ahnung davon zu haben scheint, daß mit den schiffbrüchigen Existenzen, die doch in andren Lagern etwas gelernt haben, der letzte Rest von jeistiger Arbeit aus dem Leben des Konservativismus verschwinden könnte, rät sie der ihr verwandten Presse für alle mißliebigen Fälle die Wanzentastik des Sichtsstellens an:

Von der „Simplicissimus“-Krankheit sind aber nicht nur die demokratischen Parteien und Zeitungen angesteckt, sondern bis tief in unsere Reihen hinein ist sie vorgebrungen. Es giebt nur noch wenige Zeitungen, die ihren Lesern nicht jeden Tag irgend ein Ständchen mitteilen, ja es scheint, daß es besondere Nachrichtenabteilungen giebt, die der Presse täglich etwas liefern, was der Leser mit einem „Sollte man es für möglich halten!“ oder „Na ja, da steht man's ja wieder!“ aufnehmen kann.

Dieses Rezept, das ja von der „Kreuz-Zeitung“ längst besorgt wird, steht in einem seitigen Gegenatz zu der Devise, die in demselben Artikel ausgegeben wird: „Wo sie (nämlich die Socialdemokratie) die Wahrheit spricht, gebe man ihr offen und mit ehrlichem Bedauern Recht.“

Mag nun die konservative Partei sich für die eine oder die andre Taktik entscheiden — die „Kreuz-Zeitung“ will diese Entscheidung offenbar ihren Lesern überlassen —, bei den Wahlen hat sie es ganz anders getrieben. Die „Kreuz-Zeitung“ mag unsre folgende Feststellung, die man „nicht für möglich halten“ sollte, tothschweigen oder uns mit Bedauern Recht geben; damit ändert sie nichts an der Tatsache, daß von den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf gegen die Socialdemokratie der verlogenste Schwindel getrieben wurde...

Wer einem Volke das allgemeine Wahrecht giebt, muß sich an die Spitze des Volkes, und zwar des nichtbesitzenden, stellen und es durch starke, beständige sociale Reformen an die Krone binden. Dazu aber war der Kaiser zu alt und Bismarck zu verständnislos für sociale Dinge. Die Regierung ließ sich ihre Versicherungsmahregeln erst abzwängen und war für Arbeiterkämpfe überhaupt nicht zu haben; auch jene kamen zu spät und ohne Erfolg...

Und weil sich die Socialdemokratie für diese abgezwungene, mechanisch gedachte Socialpolitik eines zu alten Kaisers und eines zu verständnislosen Kanzlers nicht gleich den bürgerlichen Parteien in Purzelbäumen der Vegeisterung überschlug, hat man monatelang geschrieben und geschrien, daß sie arbeiterfeindlich sei und kranke Arbeiter verhungern lassen wolle!

Wie man sieht, sind die Meinungen sehr geteilt, was alles bei dem großen konservativen Reinemachen herauszufliegen hat. Die „schiffbrüchigen Existenzen“, die „Simplicissimus“-Stimmung“ oder der Schwindel mit der Socialpolitik? Man wird sie wohl nicht eher auf dem Rehrichthausen finden, als bis die ganze konservative Partei dort gelandet ist.

Ein Klagegedicht des Liberalismus.

Die „Berliner Zeitung“, die sich rühmt auf der Linken des Freisinn zu stehen, bringt einen seltsamen Kompromißvorschlag für die Landtagswahl, durch den die Freisinnige Volkspartei „eine großzügige antireaktionäre Politik“ einleiten solle, der aber in Wahrheit ein bemitleidenswertes Geständnis freisinniger Ohnmacht bedeutet.

Zunächst klingt es ganz annehmbar: Wir meinen, daß es möglich ist, trotz der tiefgehenden Differenzen zwischen dem Liberalismus und der Socialdemokratie in der Kampfaufstellung gegen die Reaktion eine gemeinsame Standlinie zu finden. Wenigstens wird in einigen Wahlkreisen eine genügend große Zahl von Urwählern der ersten und zweiten Abtheilung vorhanden sein, welche, auf jedes positive Programm verzichtend, den Kampf gegen die Reaktion für eine große Nothwendigkeit der gegenwärtigen Zeit betrachten und daher sich mit der Socialdemokratie zu verbinden geneigt sind.

Dann aber wird ausgeführt, daß viele Liberale auch in der ersten und zweiten Wählerklasse den Willen haben mögen, ein Votum zu Gunsten eines socialdemokratischen Verbändeten abzugeben, aber können sie es auch wagen beim öffentlichen Stimmrecht? Also werde wohl die Zahl der Wählerkreise, wo der Wille sich auch in die That umsetzen könne, „nur sehr klein“ sein.

Und alsbald schrumpft die „sehr kleine“ Zahl zusammen auf die Möglichkeit, drei Berliner Mandate der Socialdemokratie zu überlassen. Die „Berl. Zig.“ schreibt:

In Berlin sind zur Zeit zwei Abgeordneten-Mandate unbesetzt. Von den übrigen Mandatsinhabern wird, wie wir hören, der Reichstags-Abgeordnete Träger wegen seines hohen Alters sich nicht mehr um ein Landtagsmandat bewerben. Wenn man den Versuch machte, diese drei offenen Mandate bei den nächsten Landtagswahlen für die Socialdemokratie freizuhalten, so ist es möglich, daß die Wählerchaft sich diesem Versuch sympathisch gegenüber-

Neht. Etwas Gewisses kann man freilich nicht sagen, und die Schwierigkeit der Durchführung dieses Versuches ist ungeheuer groß. Denn man mühte von vornherein bei der Zusammenfügung des Wahlmännerkörpers darauf achten, daß nur völlig unabhängige Männer aufgestellt werden, welche es wagen dürfen, öffentlich einen socialdemokratischen Kandidaten für das Abgeordnetenhaus ihre Stimme zu geben. Aber bei einigem guten Willen läßt sich das wohl durchführen."

So weit traut die „Berl. Ztg.“ dem „guten Willen“ ihrer Partei-Anhänger. Damit hat ihr Vertrauen ein jähes Ende. Das Blatt erinnert, daß die Socialdemokratie beschloffen hat, allenthalben selbständig vorzugehen und je nach dem Ausfall der Urwählerwahlen ihre Ansprüche zu stellen. Das würde „allein der Reaktion zu gute kommen!“ — erklärt die „Berl. Ztg.“ übereinstimmend mit der „Frei. Ztg.“. Warum?

„In der Provinz findet man in der Wählerschaft der ersten und zweiten Abteilung schließlich eine genügende Anzahl unabhängiger Personen, die sich zu einer tatsächlichen Verbindung mit der Socialdemokratie befehlen dürfen, und selbst die dritte Abteilung versagt da vielfach. Auch bei vorherigem Einverständnis wird es kaum möglich sein, einen für ein Bündnis geeigneten Wahlmännerkörper aus den Kreisen der Liberalen zu schaffen. Tritt daher die Socialdemokratie mit einer Forderung auf einen eignen Abgeordneten auf den Plan, so ist kein Gegenstand zu wetten, daß die liberalen Wahlmänner sich entweder der Abstimmung enthalten oder gar — gegen die Socialdemokratie stimmen. Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß es viele liberale Leute gibt, die einen Socialdemokraten für gefährlicher halten als etwa einen gemäßigten Konservativen. Man kann das bedauern oder nicht; wenn man aber etwas erreichen will, so muß man sich auf den Boden des tatsächlichen Gefühlsstandes stellen, und dieser ist, wie er sich auf Grund eines Dreiklassen-Wahlsystems öffentlich kundgibt, der Socialdemokratie nicht günstig."

Also die Socialdemokratie, die nur ihr, auch von der „B. Z.“ anerkanntes Recht in Anspruch nimmt, dient der Reaktion, weil die liberalen Wahlmänner bereit sein werden — den Konservativen lieber zu wählen als den Socialdemokraten, durch dessen Wahl zugleich die Wahl des Liberalen gesichert wird! Die Socialdemokratie dient der Reaktion, weil die Liberalen ihre eigne Partei an die Konservativen verraten. Die „B. Z.“ muß wissen, wie tief sie ihre Partei-Angehörigen einzuschätzen hat.

Und nun die Gegenleistung der Socialdemokratie: „Die Gegenleistung der Socialdemokratie (für die drei Berliner Mandate) müßte dann allerdings bestehen in einer bedingungslosen Unterstützung freisinniger Wahlmänner in allen übrigen Landtags-Wahlkreisen. Dadurch würde, um nur die brandenburgischen Wahlkreise anzuführen, eine große Anzahl von solchen Kreisen für den Liberalismus ausfindigvoll werden, die bisher nicht die geringsten Chancen boten. Dahin gehören: Ober- und Niederbarnim, Potsdam-Dönhaveland, Brandenburg-Westhaveland, Jüterbog-Rudowalde, Stöbhus-Spremberg, Ost- und Westpreignitz, Muppin-Templin und Frankfurt-Rebus. In einem Teil dieser Kreise wird sogar die freisinnige Volkspartei, um den Erfolg zu sichern, mit der nationalliberalen Partei Kompromisse schließen müssen, so daß diese Partei ohne jede Gegenleistung von der Teilnahme der Socialdemokraten profitiert. — Aber bei einer wahrhaft großzügigen Politik darf die freisinnige Volkspartei nicht peinlich rechnen. Welche Gewinne für den Liberalismus in den übrigen Provinzen bei dieser Taktik möglich sind, können wir im Augenblick noch nicht übersehen."

Schließlich sagt die „Berliner Zeitung“: „Ubrigens glauben wir, daß es nicht einmal leicht sein wird, die leitenden Personen der freisinnigen Volkspartei zu einem Wahlbündnis in dem von uns angegebenen bescheidenen Umfang zu bewegen. Da aber hierfür unseres Erachtens nur Berlin in Frage kommen kann, ist es Sache der Berliner Organisationen, die ja sonst immer so thun, als ob sie viel auf ihre Selbstständigkeit halten, diese Angelegenheit mit größtem Eifer zu diskutieren. Der freisinnigen Volkspartei ist hier einmal die Gelegenheit gegeben, eine großartige antireaktionäre Politik einzuleiten. Wenn der Versuch mißlingt, kann man ihr keinen Vorwurf machen, wenn er aber gelingt, so wird die freisinnige Volkspartei durch weiteren Ausbau des begonnenen Werkes bei späteren Wahlen sich um das Gemeinwohl ein großes Verdienst erworben haben."

Nicht ohne zu übergroßer Selbstüberwindung kann ein Blatt, das den Kampf gegen die konservative Reaktion in Preußen erster führen will, dieses Verbotnis liberaler Unfähigkeit abgelegt haben. Wir natürlich sind weit entfernt, die seltsamen Zumutungen dieses noch dazu ganz unerbittlichen Kompromißvorschlages irgendwie zu bejahren. Die „Berl. Ztg.“ selbst weist auf die Beschlässe hin, die unsere Partei in dieser Angelegenheit gefaßt hat, schon eher, als sie das letzte gewaltige Zeugnis ihres Stimmzettelwuchses bei den Reichstagswahlen für sich hatte. Wir betonen einfach auf diese Beschlässe, die in keiner Weise über maßvolle und gerechte Ansprüche hinausgehen, die den Liberalen keinerlei Opfer zumuten wie dieselben uns zumuten, die eine Schwächung der preussischen Reaktion sichern, wenn — die freisinnigen den Mut finden.

Unsere Partei befindet sich in unantastbarer glänzender Position. Wir können einen neuen Verrat des Freisinn an seinen eignen Grundfassen ertragen, denn unser Ziel bei den preussischen Landtagswahlen ist nicht in erster Linie der Gewinn einiger Mandate, sondern die Anferwerfung des Volkes gegen das hundertjährige Unrecht in der Landesgesetzgebung und im preussischen Wahlssystem. —

Zum frechten Synismus empor entwickelt sich ein Blatt, das vornehmlich in Frömmigkeit und Christentum arbeitet. Kaum ein Tag, wo der konservativ-moderische „Reichsbote“ nicht gegen die „Massenherrschafft“ zetert. Heute giebt das Pastorenorgan wieder dieser Zuschrift zustimmend Platz:

„Die besseren Kreise der Bevölkerung ziehen sich bei diesen unerquidlichen Zuständen mehr und mehr vom öffentlichen Leben zurück, und gegen die schlechten Gewalten wird nichts ausgerichtet. Es ist heute im politischen Leben ganz so, wie Schiller die Jeanne d'Arc verzweifelt ausrufen läßt: „Unfinn, du siegst, und ich muß untergeben!“ Beschränktheit und Gewaltthätigkeit triumphieren über Bildung und Anständigkeit in diesem ungleichen Kampfe! Wahrlich, das ist weit genug gekommen! Wenn sich das Bürgerthum nicht bald aufrafft und dem wüsten Treiben der socialdemokratischen Verfährer Halt gebietet, wird es bald zu spät dazu sein, vielleicht schon nach fünf Jahren. Der Hebel zur Besserung kann aber nur da angefaßt werden, wo die Ursachen des Übels zu suchen sind, nämlich in der Ungleichheit des Kampfes und der Waffen. Die Urteilsfähigkeit wird durch Massengewalt verhindert, ihr natürliches Uebergewicht über die Urteilslosigkeit geltend zu machen. Das ist ein ungleicher Kampf. Ebenso ungleich sind die Waffen, weil die gebildeten Leute sich der verwerflichen Mittel der Gegner, durch die diese meist ihre Erfolge erzielen, weder bedienen noch bedienen können und wollen. Es ist deshalb nur in der Ordnung, wenn das naturgemäße Vorrecht der Bildung und Einsicht vor der Urteilslosigkeit und Kurzsichtigkeit auf andern Wegen geschützt wird als durch das freie Spiel der Kräfte, dessen Wirksamkeit durch äußere Mittel gestört wird."

Weil die Sünden der herrschenden Klassen das Volk zur Socialdemokratie führen, wird das Volk, an dessen Bildung und Einsichtsfähigkeit bisher kein Zweifel war, plötzlich urteilsunfähig. Nur die konservativen Wähler sind gebildet und urteilsfähig; sie stellen die „besseren Kreise“ dar, die nur nicht aufkommen können, weil die „schlechten Gewalten“ sich „verwerfliche Mittel“ bedienen, wie jene andern in ihrer Bildungsvollkommenheit und Beständigkeit sie nicht antworten. Also gebe man den „Gebildeten“, d. h. den konservativen Stämmen und engherzigen Bureaucraten, dann auch den Kommerzianten das zehnjährige politische Recht als den Lindemitteln,

die so „urteilsunfähig“ sind, daß sie das gleiche Recht zur Förderung ihrer Interessen und nicht der Interessen ihrer socialen Widersacher gebrauchten. Erst wenn die unteren Volksklassen so urteilsfähig werden, daß sie nur die Erhalter der Ungerechtigkeit und der Bildungsummöglichkeit wählen, erst dann sind sie des gleichen Rechts würdig zu befinden!

Von einer Mandatsniederlegung des bairischen Landtags-Abgeordneten Genossen v. Haller berichtet der „Frank. Courier“. Wie wir hören, soll sich Genosse v. Haller allerdings mit der Absicht der Mandatsniederlegung getragen haben, augenblicklich ist die Nachricht jedoch mindestens verfehlt. Auch die Gründe, die der „Frank. Cour.“ angiebt, sind den Thatsachen nicht entsprechend. —

Eugen Richter-Trost. Da die Richtigstellung gegen die zunehmende reaktionäre Führung der freisinnigen Volkspartei in liberalen Kreisen immer deutlicher und umfassender zum Ausdruck gelangt, finden sich nun auch die Richter-Getreuen, um ihrem Führer einigen Trost zu spenden. So hat das Kreis-Wahlkomitee im eignen Wahlkreise des Herrn Richter eine Erklärung erlassen, in welcher der Centralleitung der freisinnigen Volkspartei gedankt wird, „daß sie manhaft und unerschrocken für den entchiedenen Liberalismus eingetreten ist“; das Komitee denkt dabei wahrscheinlich an die Liebesdienste seiner Partei an die Kardorffianer oder an die „Unerschrockenheit“ des Socialistenpiegels. Weiter weist das Komitee gerade die Angriffe zurück, „die von einem gewissen, unter freisinniger Maske auftretenden politischen Querulantentum gegen die Führer der Partei gerichtet werden“. Das Komitee im Wahlkreise Hagen-Schwelm hat, wie man sieht, der „Frei. Ztg.“ abgedankt, wie sie sich räuspert und wie sie spudt. —

Soldatenmishandlung. Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz erschien der Feldwebel Ried der 10. Compagnie des Infanterie-Regiments 70 auf der Anklagebank. Er ist beschuldigt, die ihm obgelegene Beaufsichtigung seiner Untergebenen in schuldhafter Weise veräußt zu haben. Die Vorgeschichte zur Sache ist folgende: Der Musikföhrer Wadde war am Fastnachts-Dienstag d. J. über den Japsenstreich hinaus ausgeblieben. Sein Corporalschaftsföhrer, ein Sergeant, der im 11. Jahre diente, stellte ihn am anderen Morgen zur Rede und mißhandelte den Mann dreiviertel Stunden lang, bis der Bequälte ohnmächtig zur Erde fiel. W. mußte sich 125 mal zur Erde legen und wieder aufstehen; darauf mußte er 10 Minuten lang die Knie beugen und den Körper wieder strecken und zwar auf dem linken Flügel einer Abteilung, die zur Instruktion auf der Stube angetreten war; nach dem Kniebeugen mußte W. sich wieder fünfzigmal hintereinander auf die Erde legen. Als W. zu zittern anfang, versetzte ihm der Sergeant einen Fußtritt in die linke Brustseite, dann zog er das Seitengewehr und drohte den R. h. handelten zu erstechen. Dieser Sergeant Oph wurde vom Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da ein besonders schwerer Fall vorlag, wurde gegen den Hauptmann ein Ermittlungsverfahren auf Grund des § 147 des Militärstrafgesetzes eingeleitet, das aber nichts Befassendes ergab. Daraufhin richtete sich das Ermittlungsverfahren gegen den Feldwebel Ried. Das Kriegsgericht der 16. Division hatte den Feldwebel freigesprochen. Er hatte zwar die Aufsicht am 25. morgens zu führen, der Unterricht wurde aber in acht verschiedenen Stufen erteilt. Der Feldwebel hatte seinen Dienst wahrgenommen, jedoch nichts Ordnungswidriges beobachtet. Der Feldwebel ist auf verschiedenen Stufen gewesen, hat längere Zeit bei den jüngeren Unteroffizieren verweilt u. s. w. Compagnieföhrer war, daß die Thüren der Mannschafsstuben während der Instruktionsoffnen stehen mußten. Das Gericht erkannte dem Antrag des Vertreters der Anklage gemäß auf Freisprechung des Feldwebels. —

Husland.

Spanien.

Ein neues Ministerium. Das erzreaktionäre Alexikal-konservative Kabinett hat seine Entlassung genommen. Es ist über den Plottenplan gestoppt, dessen Bewilligung Silvela in seinem Gröhenwahn von dem Parlament fordert und der dem Lande ein Opfer von nicht weniger als 800 Millionen Pesetas (ca. 640 Millionen Mark) anführt. Die Bildung des neuen Kabinetts hat der Kammerpräsident und frühere Finanzminister Villaverde übernommen und, wie die nachfolgenden Madrider Telegramme zeigen, auch bereits ausgeführt. Madrid, 18. Juli. In dem heutigen Ministerrat stellten nach Prüfung der Marineforderungen alle Minister dem Ministerpräsidenten Silvela ihre Portefeuilles zur Verfügung. Silvela begab sich darauf sofort ins Palais und unterbreitete dem König die Demission des Gesamtkabinetts; den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts lehnte er ab, worauf der König den Kammerpräsidenten Villaverde zu sich berief. Die Regierung machte in Kammer und Senat sofort Mitteilung von der Ministerkrise, worauf die Sitzungen aufgehoben wurden.

Madrid, 20. Juli. Das neue Ministerium ist nunmehr endgültig wie folgt gebildet worden: Villaverde Präsidium, Graf San Bernardo Außenwärtiges, Santos Guzman Justiz, Martitegui Krieg, Cobian Marine, Befada Finanzen, Garcia Aliz Inneres, Wugallal Unterricht, Gasset Ackerbau. Das Programm des neuen Kabinetts wird dem schriftlichen Gutachten entsprechen, welches Villaverde während der Krise im Jahre 1901 der Königin-Regentin unterbreitete.

Wie auf Villaverde selbst, Gasset, dem Chefredakteur des liberal-konservativen „Imparcial“ und Garcia Aliz, dem Leiter der Madrider Bank, haben alle neuernannten Minister bisher auf keinem Ministerfessele gefessen. Sowohl Villaverde, als Aliz, Gasset und Befada können als Vertreter der großen Finanz- und Handelsbourgeoisie gelten.

Französisch-spanisches Bündnis betreffs Marokko. Silvela hielt gestern Abend eine Rede, in der er darauf hinwies, daß Frankreich und Spanien gemeinsam bestrebt seien, den status quo in Marokko aufrecht zu halten, die Kolonialpolitik bedeutender See- und Landstreitkräfte für Spanien betonte und den Wunsch ausdrückte, ein vollkommenes Freundschaftsverhältnis mit dem stammverwandten Frankreich herzustellen. Der „Imparcial“ sagt in einer Besprechung dieser Rede, dieselbe sei als Erklärung eines bestehenden französisch-spanischen Bündnisverhältnisses aufzufassen.

Italien.

Vom edelsten Rod. Rom, 18. Juli. (Fig. Ver.) Ungeheure Schandthaten eines italienischen Offiziers in China sind dieser Tage durch Erhebungen des Untersuchungsrichters in V. a. r. i festgestellt worden. Der Offizier, dem diese Verbrechen zur Last gelegt werden, ist niemand anders als der Lieutenant Modugno, der sich seit Monaten unter der Anklage, seine Frau ermordet zu haben, in Untersuchungshaft befindet. Gestern wurde ihm im Gefängnis die Einleitung des Strafverfahrens für seine chinesischen Heldenthaten mitgeteilt.

Wie erinnerlich, kam die junge Frau des Offiziers unter Umständen ums Leben, die zunächst auf einen Selbstmord schließen ließen. Sie wurde im Schlafzimmer mit durchschossener Schläfe aufgefunden, und es fand sich später ein Brief mit ihrer Namensunterschrift, in dem Selbstmordworte als Grund der That angegeben waren. Das merkwürdige Verhalten des Gatten, der nicht dazu zu bewegen war, an das Sterbelager der Frau zu treten, der trodne und affektierte Stil des Abschiedsbriefes und nicht zuletzt die Erinnerung an die sorglose Andernatur der jungen Frau ließen aber Zweifel darüber aufkommen, ob wirklich ein Selbstmord vorläge. Modugno wurde befragt und die Voruntersuchung hat viel Belastendes gegen ihn ergeben, vor allem haben die Sachverständigen die Handschrift des Abschiedsbriefes als die des Lieutenants erkannt und zwar einstimmig auf Grund zahlreicher Vergleiche und photographischer Vergleichen. Der Verlauf des Angellanal im Schädel des Opfers ließ die Möglichkeit bestehen, daß die Frau selbst die Waffe führte, obwohl sie dabei eine sehr gezwungene und unbehagliche Stellung hätte einnehmen müssen.

Als dieses Verbrechen die Augen auf Modugno gelenkt hatte, wurden in der socialistischen Presse gleich Stimmen laut, die ihn

beschuldigen, sich auf dem chinesischen Feldzug bereichert zu haben. Das lokale Parteiblatt „La Ragione“ sprach von dreißig großen Kisten, die der italienische Hunne mitgebracht haben sollte. Auf Grund dieser in der Presse formulierten Beschuldigungen ließ der Untersuchungsrichter Verhöre unter den Soldaten anstellen, die unter Modugno während des chinesischen Feldzuges gedient haben. Das Ergebnis ist jetzt bekannt geworden und berart, daß mit ihm verglichen der Gattenmord nur als eine Bagatelle erscheint.

Ort der Wirksamkeit war Pao-Tsing, wo Modugno nachts in die Häuser reicher Leute einbrang und von den Bewohnern die Auslieferung großer Geldsummen forderte. Weigerten sich die Leute, so ließ der Lieutenant Soldaten mit gefülltem Bajonett eintreten und ließ sie auf die wechlofen Menschen losbrechen, bis die armen Chinesen zitternd ihr Hab und Gut auslieferten. Seine Soldaten brutalisierte Modugno, schlug sie und bedrohte sie mit dem Revolver, wenn sie sich ihm nicht fügten. Ferner bezuogen mehrere, daß er chinesische Mädchen vergewaltigt und aus purer Wollust Chinesen gemordet hat, von denen er nichts zu erfassen konnte. Einer Meldung der „Agenzie Stefani“ zufolge befinden sich unter den Belastungszeugen über die Schandthaten auch deutsche Schinatrieger. Verkürzbar ist, daß solche thatsächlich zum Himmel schreienden Verbrechen nicht schon von selbst zu einem Strafverfahren geführt haben, daß erst die Anklage durch die Presse nötig war.

Das Strafverfahren geht von dem Militärgericht aus. —

Klage der Marine-Offiziere gegen den „Avanti“. Genosse Turati hat auf Grund der von den Marine-Offizieren gegen den „Avanti“ erhobenen Beleidigungsklage folgende Interpellation an die Präsidenschaft der Kammer gefaßt:

„Der Unterzeichnete interpelliert den Ministerpräsidenten und den Marineminister über die politische Korrektheit einer Autorisation, die angeblich dem Offiziercorps der königlichen Marine oder einem Teil von ihm erteilt wurde, um die Zeitung „Avanti“ wegen Beschuldigungen zu verklagen, die nicht gegen bestimmte Individuen getroffen werden, sondern allgemeine Verwaltungsangelegenheiten betreffen und zu der in Aussicht gestellten Regierungsenquete über den Affairismus in der Marineverwaltung in direkter Beziehung stehen.“

Einer Gemeser Zeitung, dem „Caffaro“ zufolge, würden 5 Offiziere, 5 Maschinenisten und 5 Zahlmeister die Beleidigungsklage anstrengen. Wenn denen der Beslage erklärte, die Beschuldigungen bezögen sich nicht auf diese, so würden die nächsten 15 anrücken usw., bis alle an die Reihe kommen würden. Die Herren scheinen die Sache für einen Fastnachtsstreich zu halten.

England.

Zur Stationierung einer englischen Streitmacht in Südafrika, von der wir in Nr. 165 des „Vorwärts“ berichteten, wird uns zur Ergänzung von unfrem Londoner Korrespondenten geschrieben:

Der wunde Punkt des britischen Reiches ist bekanntlich die nordwestliche Grenze Indiens. Die ganze indische Strategie ist darauf berechnet, jenes Gebiet gegen einen russischen Einfall zu schützen. Seit der Eroberung der Boerrepubliken hat Indien eine noch größere Bedeutung für das britische Reich erlangt, denn es liegt fast in der Mitte zwischen Südafrika und Australien, und muß schon im Interesse sicherer Verbindungen zwischen den beiden Kolonien gegen Ueberfahrungen geschützt werden. Obwohl das englisch-indische Heer eine Gesamtstärke von 281 500 Mann hat, so wird doch allgemein angenommen, daß im Kriegsfall der größte Teil der englischen Heim-Armee nach Indien abgehen wird. Um dem künftigen russisch-indischen Kriegsschauplatz so nahe als möglich zu sein, soll nun ein Teil der englischen Armee (25 000 Mann) permanent in Südafrika stationieren, wo auch entsprechendes Terrain zur militärischen Ausbildung vorhanden ist.

Wie aus manchen Aeußerungen Brodricks hervorgeht, wird die Regierung dort die verheirateten Soldaten besonders unterstützen, um Südafrika mit Briten zu bevölkern. Ueberhaupt wird diese Reform so ausgenutzt werden, daß sie zur Stärkung der britischen Klasse in Südafrika beiträgt. Die militärische Aeuferung soll also zwei imperialen Zwecken dienen: dem Schutze Indiens und der Konsolidierung Südafrikas unter der britischen Flagge.

Herbvorzuheben ist noch, daß die Reform eine Mehrausgabe von 1 500 000 Pfd. Sterl. jährlich verursachen wird, zu deren Bestreitung auch Indien herangezogen werden soll. Darin liegt offenbar ein großes Unrecht. Warum soll das ohnehin schwer beladene Indien zur Erhaltung des britischen Reiches verhältnismäßig scharfer herangezogen werden als die autonomen Kolonien? Dr. Chamberlain ist bereit, zu Gunsten der zehn oder zwölf Millionen Briten der Kolonien die ganze Jollpolitik Englands umzufürzen. An Indien mit seinen 400 Millionen Einwohnern denkt niemand, außer wenn es sich darum handelt, Beiträge zu Reichszwecken zu liefern. Von all den Vorteilen, die der Liberalismus dem britischen Reiche gebracht hat, erhielt Indien fast nichts. —

Die neugebildete Free Trade Union erlaßt soeben ihre erste Kundgebung, in der sie als ihren Zweck anfandigt: Die freie Einfuhr von Lebensmitteln und Rohmaterial zu sichern sowie die reaktionäre Politik Chamberlains, welche die Handelsbeziehungen mit den Kolonien zu erschweren geeignet sei und die ruhige Entwicklung des Reiches gefährdet, zu bekämpfen. Der Widerstand gegen den Schanzoll soll durch Versammlungen, Flugblätter, Sammlung von statistischem Material, Verbreitung von Litteratur, Gründung von neuen Organisationen begw. Unterstützung bestehender Vereinigungen und Parteien organisiert werden. Der Präsident der Union ist Arnold Morley; dem Vorstand werden ferner beitreten Sir Campbell-Bannerman und andre bekannte Parlamentsmitglieder. —

Türkei.

Türkische Maßnahmen zur Unterdrückung der albanesischen Unruhen. Schemsi Pascha, der seit 12 Tagen mit 10 Bataillonen und einer Gebirgsbatterie in dem albanesischen Gebiet Ljuma steht, hat alle reformfeindlichen Albanesen und 30 Räuber verhaftet und nach Brizend geschickt. Ebenso werden in dem Gebiete von Podrina alle Unruheföhrer verfolgt, und es sind bisher 25 in contumaciam verurteilte Albanesen verhaftet. 2 Montenegroer aus Wasjowag wurden auf der Zpeler Straße von Albanesen getödet. Infolgedessen sind die Grenzgewohner sehr erregt und es werden Raubakte befürchtet. Der montenegroische Gesandte Batsch hat entsprechende Schritte bei der Pforte gethan. Die Pforte erhielt Nachrichten, daß in voriger Woche eine 60 Mann starke Bande bei Ruzen, 18 Kilometer südwestlich von Küstendil, eine zweite, 40 Mann starke Bande unter Donscho bei Dschuma, eine dritte von 50 Mann unter Führung eines Montenegroers bei Kevrekop die bulgarische Grenze überschritten haben. Auch sollen die mazedonischen Komitees neuerdings bei Küstendil Waffen und Munition sammeln. Gegenmaßregeln sind getroffen worden.

Die französische Alters- und Invaliden-Unterstützungs-Vorlage.

Paris, 18. Juli 1903.

Die in der Sommeression von der Deputiertenkammer votierte Vorlage trägt den schönen Titel: „Gesetz zur Schaffung eines öffentlichen Dienstes socialer Solidarität in der Form der obligatorischen Unterstützung der Greise, der Grechlichen und der unheilbaren Kranken.“ Die principielle Bedeutung der Vorlage besteht darin, daß sie zum erstenmal in Frankreich die öffentliche Alters- und Invaliden-Unterstützung obligatorisch macht.

Bisher galt diese Verpflichtung nur für die Armenkrankenpflege, und zwar erst seit dem Gesetz vom 15. Juli 1893, abgesehen von der schon vorher den Departementen auferlegten unentgeltlichen Krankenpflege von Kindern und Jrsinnigen. Sonst war bisher die öffentliche Armenpflege fakultativ und hatte durchaus den Charakter einer Almosenverteilung. Die Hauptorgane derselben, die „Wohlfährigkeitsbureaus“, verteilen — vorwiegend in Naturalien — unfähig winzige Almosen. Nach einer amtlichen Angabe aus dem

Jahre 1888 betragen die Unterstüßungen nur 15 bis 20 Fr. pro Jahr und Almosenempfänger. Und auch diese Bureaus existieren nur in rund 16 000 von den 86 000 Gemeinden Frankreichs. Der Rest der Armenpflege blieb der privaten Wohltätigkeit überlassen, insbesondere den „wohlthätigen“ Kongregationen, die, nebenbei bemerkt, einen guten Teil ihres Einflusses aus der Verwahrlosung der öffentlichen Armenpflege zogen und noch ziehen.

Die neue Vorlage bedeutet also eine Reform der Armenpflege, wenn auch mit ihr, wie wir sehen werden, im Laufe der Debatte anderweitige Zwecke verknüpft wurden. Ein Gegenentwurf des Genossen Baillaud wollte die Unterstüßung durch die Versicherung (auf Kosten des Staates, des Departements und der Gemeinde) ersetzen, so daß jeder Unbemittelte, der nicht in die Unfall-, Arbeitslosigkeit-, Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung einbezogen wäre, jene „ergänzende Versicherung“ genießen würde, ohne erst eine Bedürftigkeit nachweisen zu müssen. Der Gegenentwurf vereinigte auf sich nur 70 Stimmen in der Kammer, nachdem er schon vorher auf den Widerstand der „socialen Versicherungs- und Versorgungscommission“ der Kammer (vorsitzender Millerand) gestoßen war. Bekanntlich ist in der früheren Kammer eine allgemeine Altersversicherungsvorlage mitten in der Beratung unterbrochen worden und bisher in der Kommission der neuen Kammer im Stadium der guten Absichten stecken geblieben. Man spricht nämlich vor der Finanzlast zurück. Daher beschränkte man sich auch auf die Schaffung einer länglichen Unterstüßung und hielt am Armenpflege-Charakter der Vorlage fest. Ihr schöner Titel ändert daran ebensowenig wie die Erhebung im Art. 1 des Wortes „Bedürftiger“ durch das Wort „Unbemittelter“ und die sonstige Bezeichnung der Unterstüßten als „Berechtigter“ (ayant droit). Immerhin ist die Sorgfalt anzuerkennen, mit der die Vorlage durch manche sachlichen Bestimmungen die Menschenwürde des Unterstüßten zu wahren sucht.

Nun zum Hauptinhalt der Reform. Ein Recht auf Unterstüßung hat jeder unbemittelte Franzose, der das Alter von 70 Jahren erreicht hat, oder von einer Gebrechlichkeit oder einer als unheilbar erkannten Krankheit betroffen wird, die ihn unfähig macht, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu gewinnen. Ausländer genießen das gleiche Recht, falls ein Gegenseitigkeitsvertrag in Bezug auf die Unterstüßung mit ihrem Heimatstaat abgeschlossen ist. Die Unterstüßungspflicht fällt zunächst auf die Gemeinde, dann, wenn der Berechtigte keinen kommunalen Unterstüßungswohnsitz hat, auf das Departement, und zuletzt, wenn er auch keinen departementalen Unterstüßungswohnsitz hat, auf den Staat. Eine Reihe von Bestimmungen sichern das Vorschwerdrecht der Abgewiesenen.

Der Berechtigte wird zu Hause oder in seiner Familie unterstüßt. Das ist die Regel. Erst wenn dies unmöglich ist, wird er in einer öffentlichen Pflegeanstalt (Hospice) untergebracht und, falls keine solche vorhanden, nach seiner eigenen Wahl entweder in einer privaten Pflegeanstalt oder bei Privatleuten. Dabei steht es dem Unterstüßten frei, sich außerhalb der Anstalt zu begeben. Weiter wird seine Bewegungsfreiheit dadurch gewahrt, daß die jeweilige festgesetzte Art der Unterstüßung geändert werden kann.

Die Unterstüßung zu Hause wird ausschließlich in Geld gewährt durch monatliche Anweisungen. Ihr Betrag wird in jeder Gemeinde vom Gemeinderat festgesetzt unter Vorbehalt der Befähigung durch den Generalrat (gewählte Vertretung des Departements). Sie darf nicht weniger als 10 Franken monatlich betragen (dieser Satz wurde gegen den Willen der Kommission votiert, die als Minimum gar bloß 8 Fr. vorgeschlagen hätte). Uebersteigt die Unterstüßung den Betrag von 30 Fr. (nach dem abgelehnten Kommissionsvorschlag 20 Fr.), so wird der Ueberübersch bei Erfahrungsprüfungen noch bei der Bemessung der eventuellen Subvention des Departements an die Gemeinde beziehungsweise der Subvention des Staates an das Departement berücksichtigt. Doch wird der jeweils geltende Unterstüßungssatz nicht immer voll ausbezahlt, da es eben keine Pension, sondern eine Armenunterstüßung ist. Die Vorlage sucht vielmehr die Armenlast zu erleichtern in den Fällen, wo der „Berechtigte“ über gewisse Substanzmittel verfügt. Sie unterscheidet in dieser Hinsicht vier Substanzquellen: 1. den Arbeitsverdienst, 2. die Ersparnisse, darunter namentlich eine erworbene Pension, 3. die Unterstüßung durch private Wohltätigkeit, und 4. alle anderen Substanzquellen. Diese letzteren sind in ihrer ganzen Höhe vom Unterstüßungssatz in Abzug zu bringen, während der Arbeitsverdienst umgekehrt keinerlei Schmälerung des Unterstüßungssatzes bedingt. Die Unterstüßungen durch private Wohltätigkeit werden zur Hälfte in Abzug gebracht, ebenso die Ersparnisse und Pensionen mit Ausnahme eines Minimums von 60 Franc jährlich. Dieses Minimum wird von 60 auf 120 Fr. erhöht, falls die Berechtigten nachweisen, mindestens drei Kinder bis zum Alter von 16 Jahren auferzogen zu haben.

Lezteres ist ein Mittel zur Verhinderung des Zweifinder-Systems. Dem gleichen Zweck soll eine weitere Bestimmung dienen, die bei der Greisenunterstüßung die Altersgrenze von 70 Jahren zu Gunsten der Frauen um ein halbes Jahr herabsetzt pro jedes eheliche oder uneheliche Kind, das mehr als drei Jahre gelebt hat, falls die Mutter nachweist, das Kind bis zu seiner Erwerbsfähigkeit gepflegt zu haben.

Was die Pensionsklausel betrifft, so nimmt sie Rücksicht auf die in Frankreich stark entwickelten freien Gegenseitigen-Pensionen und Hilfskassen, die übrigens vom Staate subventioniert werden. Man befürchtete einen Rückgang der Rassen, falls die in ihnen erworbenen Pensionen um den gleichen Betrag die gesetzliche Greisen- und Invalidenunterstüßung schmälern würden. Jene Klausel wurde nachträglich in der Kammer Session durchgeleitet infolge des Eingreifens der „Nationalen Föderation der französischen Mutualität“ (Gegenseitige), welche 90 Verbände gegenseitiger Hilfskassen umfaßt und sich stets im Parlament Gehör verschafft — dank der hinter ihr stehenden großen Zahl.

Wie sollen die finanziellen Mittel aufgebracht werden? Die Hauptlast fällt auf die Gemeinde. Sie deckt die Kosten: 1. durch freiwillige Stiftungen und Schenkungen, die speziell zum Zwecke der Greisen- und Invalidenunterstüßung gemacht werden; 2. durch eine obligatorische Subvention seitens des öffentlichen Wohltätigkeitsbureaus, die nicht weniger als ein Viertel der Einkünfte betragen darf, abzüglich derjenigen, die für einen Spezialzweck bestimmt sind; 3. durch eine fakultative Subvention seitens der lokalen Armenpflege-Anstalt; 4. durch die verfügbaren gewöhnlichen Gemeinde-Einnahmen und 5. im Falle der Unzulänglichkeit der aufgeführten Mittel durch gesetzlich genehmigte Steuern und Auflagen und durch eine Subvention seitens des Departements. Das Departement bekommt seinerseits nötigenfalls eine Subvention vom Staate.

Die Finanzfrage bildet den schwächsten Punkt der Reform. Die Schätzungen der den Gemeinden, den Departements und dem Staate erwachsenden Kosten gehen weit auseinander. Es fehlt an zuverlässigen statistischen Unterlagen. Nach der Berechnung des Arbeitsamtes werden sich die vorausschätzlichen Kosten auf 165 Mill. Franc belaufen, wovon wahrscheinlich nur 15 Millionen durch Stiftungen und die Reststeuer der öffentlichen Armenpflege-Anstalten und Wohltätigkeitsbureaus aufgebracht werden. Die geheimen Gegner der Reform hoffen daher auf deren Scheitern oder Verzögerung im Senat.

Wie jede oder fast jede socialpolitische Reform, an der größere Wählermassen interessiert sind, hat nämlich auch diese in der Kammer nur gegen die Gegner gefunden, die ihre Bestimmung in vorläufigen Zusatzanträgen und verblühten Einwürfen kundgeben. In der Gesamtstimmung aber wurde die Vorlage mit 537 gegen bloß drei Stimmen angenommen. Die Rechte suchte vor allem die klostertliche und die private Wohltätigkeit überhaupt vor den Folgen der Reform sicher zu stellen. Es gab Zusatzanträge, welche die obligatorische Armenpflege der Vorlage zu Gunsten einer Stärkung der klostertlichen und der privaten Wohltätigkeit auszumachen suchten.

Jedenfalls wird die private wie die öffentliche Wohltätigkeit nach wie vor ein weites Wirkungsfeld vor sich haben. Nach den Angaben der Kommission wird die Reform 133 000 Greisen zu gute kommen. Die öffentlichen Wohltätigkeitsbureaus aber verteilen für

sich allein Almosen an mehr als 1 200 000 alte Leute. Das Unterstüßungsalter der Vorlage ist eben zu hoch und der minimale Unterstüßungssatz für alle Kategorien zu niedrig. Principiell von Bedeutung, weil sie die Armenunterstüßungspflicht einführt, ist doch die Reform praktisch von nur geringem Wert. Millerand meinte, sie statuiere das „Recht auf Leben“. Das ist stark übertrieben, denn sie giebt zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. —

Partei-Nachrichten.

Eine internationale socialistische Konferenz

fand gestern in Brüssel statt. Auf der Konferenz waren nach einem uns zugegangenen Privattelegramm vertreten Deutschland durch Fischer und Pfannkuch, Dänemark durch Knudsen, Holland durch van Kol und Troelstra, Frankreich durch Baillaud, England durch Hyndman und Hunter Watt, außerdem Polen, Rußland und die Vereinigten Staaten. Die Hauptarbeit der Konferenz bestand in der Festsetzung der Tagesordnung für den diesjährigen internationalen Kongress in Amsterdam. Dieselbe soll lauten:

1. Bericht und Antrag der internationalen Komitees auf Erweiterung.
2. Generalstreik.
3. Internationale Regelung der socialistischen Politik.
4. Gewerkschaft und Politik.
5. Internationale Schiedsgerichte.
6. Kolonialpolitik.
7. Christ und Arbeitslosigkeit.
8. Nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung.

Am Schluß der Konferenz beantragte Hyndman, die Konferenz möge den deutschen und dänischen Genossen zu ihren Wahlfestgen einen Glückwunsch aussprechen. Fischer und Pfannkuch dankten darauf noch im Namen der deutschen Genossen für die denselben bei den Wahlen zu teil gewordene internationale Hilfe.

Der Pommersche Volkskalender für das Jahr 1904 wird diesmal in einer Auflage von 150 000 Exemplaren in der Provinz Pommern verbreitet werden. Die hohe Auflage machte sich deshalb nötig, weil sich bei der letzten Reichstagswahl in der Provinz eine ganz gewaltige Stimmenzunahme für die Socialdemokratie gezeigt hat und darum unsere Anhänger in den Stand gesetzt werden sollen, überall, in jedem Ort und in jedem Hause socialdemokratische Vorträge unentgeltlich zu beziehen.

Der Landes-Parteitag für das Herzogtum Braunschweig wird am Sonntag den 23. August in Wolfenbüttel tagen.

Aus Industrie und Handel.

Der Saatensatz in Preußen stellte sich nach den soeben veröffentlichten Angaben des Statistischen Amtes um die Mitte Juli d. J. wie folgt (Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering):

	Juli 1903	Juni 1903	Mai 1903	Juli 1902	Juli 1901
Winterweizen	2,8	2,9	3,1	2,3	3,7
Sommerweizen	2,6	2,5	2,5	2,5	2,9
Winterroggen	2,6	2,6	2,9	2,4	3,1
Sommerroggen	2,8	2,8	2,7	2,8	3,1
Sommergerste	2,6	2,6	2,5	2,5	2,8
Hafer	2,7	2,6	2,5	2,7	3,0
Kartoffeln	2,8	2,8	3,0	2,6	2,7
Klee	2,6	2,4	2,4	2,5	3,8
Luzerne	3,0	2,7	2,7	2,7	3,6
Biesen	2,6	2,5	2,4	2,5	3,4

Die Gesamtlage hat sich demnach gegen den Vormonat nicht wesentlich geändert. Der Winterweizen hat seinen meist dünnen Bestand beibehalten, das heißt, eine wesentliche Vesserung im Verichtsmonate nicht erreicht. Wo er unter Rasse zu leiden hatte, ist Nachbildung nicht ausgeblieben. Der Stand des Winterroggens ist während des Verichtsmonates im allgemeinen dem des Vormonates gleich geblieben. Von Klee und Luzerne ist der erste Schnitt, besonders von ersterem, reichlich ausgefallen und gut geborgen; die anhaltende Trockenheit im Verichtsmonate hat aber den Nachwuchs beider Kulturen sehr geschädigt, am meisten den der Luzerne. Auch der erste Schnitt der Biesen hat sowohl der Menge wie der Güte nach im allgemeinen reichlichen Ertrag gebracht. Die Aussicht auf einen zweiten Schnitt wird für wenig günstig gehalten. Die Sommerbalm-Früchte hatten viel unter der Trockenheit und den Schädlingen zu leiden gehabt. Ihr Stand wird, wenn auch um etwas geringer als im Vormonate, doch als nicht ungünstig beurteilt. Bei den Kartoffeln sind auch im Verichtsmonate die Läden noch nicht zugewachsen, denn einestheils hat die infolge großer Kälte beim Pflanzen verursachte Fäulnis zugenommen, andererseits sind die Stauden da, wo die Trockenheit herrschte, stellenweise well geworden. Im allgemeinen aber haben auch die Kartoffeln ihren über dem normalen liegenden Stand beibehalten.

Die deutschen Eisenbahnen. Das letzte Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reichs bietet eine Uebersicht der Einnahmen aus den Staatsbahnen des Reichs und der Bundesstaaten nach den Vorschlägen für 1902/3 (bei Bayern und Oldenburg für 1903). Danach betragen die Einnahmen (in Millionen Mark):

	Brutto	Netto
Deutsches Reich (Reichs-Eisenbahnen)	89,8	20,2
Preußen und Hessen	1427,6	451,9
Bayern	173,9	45,5
Sachsen	132,9	30,2
Württemberg	59,3	16,2
Baden	74,7	13,7
Mecklenburg-Schwerin	12,9	3,6
Oldenburg	13,3	3,4
Zuf. einschl. der andern Bundesstaaten	1987,4	687,5

Während die Reichsverwaltung nur annähernd 4 Proz. ihrer Einnahmen aus dem Erträgnis der Eisenbahnen deckt, bringen für die Gesamtheit der Bundesstaaten die Staatsbahnen nicht weniger als 45,08 Proz. der gesamten ordentlichen Staatseinnahmen auf. In Preußen beträgt der Anteil sogar 54 Proz., in Oldenburg 47, in Baden 46,5, in Sachsen 38,25, in Bayern 37,3, Mecklenburg-Schwerin und Württemberg je 35,4 Proz. Dieser Berechnung sind die Bruttoerträge zu Grunde gelegt, von denen rund 1400 Millionen Mark ordentliche Ausgaben in Abzug kommen, so daß eine Netto-Einnahme von insgesamt 687 1/2 Millionen Mark verbleibt. Die ordentlichen Ausgaben für die Staats-Eisenbahnen betragen im Reichs und 3 Proz., in Oldenburg dagegen mehr als 40 Proz., in Preußen und Baden über 1/3 (37,2 und 36,4 Prozent), in Bayern, Sachsen, Württemberg und Mecklenburg-Schwerin über 1/4, der gesamten ordentlichen Staatsausgaben. Im Reich und in den Bundesstaaten zusammen machen die ordentlichen Ausgaben für die Eisenbahnen 21,54 Prozent der gesamten ordentlichen Ausgaben aus. Dazu treten noch 65 Millionen Mark außerordentliche Ausgaben für die Staats-Eisenbahnen.

Amerikanischer Eisenmarkt. Nach dem Bericht des „Promonger“ aus Philadelphia ist die Nachfrage am amerikanischen Eisenmarkt in der letzten Woche noch geringer geworden und ein weiterer Rückgang der Preise eingetreten. So ist der Preis für Gußeisen um einen Dollar zurückgegangen. Für Stabeisen ist kaum noch Nachfrage vorhanden. Die Preise haben infolgedessen nachgeben müssen. Was

die allgemeine Lage des Marktes betrifft, so müsse man zugeben, daß sich die Aussichten für den Handel verschlechtert hätten.

Eine ähnliche Schilderung der Marktlage enthält ein Drahtbericht der „Voss. Ztg.“ aus New York: Roh Eisen liegt lustlos, nordliches ist unverändert, südliches gab in der vergangenen Woche um 75 Cents nach. Die Märkte in den Produktionsbezirken liegen schwach bei starkem Wettbewerb für mäßige Aufträge. Stahl ist ebenfalls billiger. Das Aufkaufen konturrierender Werke durch den Stahlmarkt gilt eher als Schwächezeichen. Stahlhütten liegen fest bei weiteren befriedigenden Abflüssen.

Gunard-Linie. In der am 29. d. M. stattfindenden Generalversammlung der Aktionäre der Gunard-Linie sollen die Bestimmungen der Gesellschaft abgeändert werden, um die Gefahr völlig zu beseitigen, daß die Schiffe der Linie in irgend welcher Form unter die Kontrolle von Nichtengländern kommen. Kein Ausländer soll Verwaltungsrats-Mitglied oder oberster Beamter der Gesellschaft sein dürfen, und Aktien der Gesellschaft dürfen nicht an Ausländer abgegeben werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Tapezierer! Die auf Mittwoch, den 22. d. Mts., anberaumte Versammlung kann nicht stattfinden. Insuper am Donnerstag besagt weiteres. Der Vorstand.

Der Zustand der Raffschuhmacher in Berlin ist beendet. In einer gestern vormittag stattgefundenen Versammlung der Ausständigen wurden in geheimer Abstimmung folgende Vergleichsbedingungen angenommen:

Die Ausständigen ziehen die Lohnforderungen zurück und heben den Streik auf. Die Arbeitgeber verpflichten sich dagegen, im Monat Oktober durch eine gemeinschaftliche Kommission in Tarifberatungen einzutreten, die sich auf die ungünstig bezahlten Arbeiten beschränken. Die neuen Tarifbestimmungen treten mit dem 1. Januar 1904 in Kraft. Maßregelungen anlässlich des Streiks dürfen nicht stattfinden. Sämtliche Ausständigen treten wieder in das alte Beschäftigungsverhältnis zurück, soweit deren Plätze nicht besetzt sind.

Wie aus diesen Vergleichsbedingungen ersichtlich, ist es den Arbeitern nicht gelungen, trotz des mit der größten Ausdauer und Opferwilligkeit geführten elstweekentlichen Kampfes den Arbeitgeberverband zu sofort zu erfüllenden Konzeptionen zu zwingen. Den großen Geschäften ist es nur dadurch möglich gewesen, sich so lange über Wasser zu halten, daß sich die Kundschaft mit ihnen solidarisch erklärte und die Erfüllung der Aufträge hinausschob. Nachdem die Hauptfaison zu Ende, waren die Arbeiter gezwungen, den Kampf zu beenden. Die Lage der Ausständigen wurde auch dadurch schwieriger, daß nunmehr in den zum Arbeitgeber-Verband gehörenden Mittelgeschäften stille Zeit eintritt, wodurch dieselben in die Lage kommen, die größeren Geschäfte durch Streitarbeiten unterstützen zu können. Einige größere Geschäfte haben ihren Arbeitern persönlich erklärt, daß sie in den nachfolgenden Verhandlungen zu weitgehenden Konzeptionen bereit wären. Sollten dieselben tatsächlich für die Arbeiter befriedigend ausfallen, so dürfte aus den Verhandlungen eine Tarifgemeinschaft hervorgehen. Letzteres wäre insofern erfreulich, als dadurch die Lohnverhältnisse der Raffschuhmacher geregelter würden. Sicherlich werden auch die Arbeitgeber ihr Möglichstes thun, um durch Konzeptionen derartiger Art, sie so schwer schädigende Kämpfe wie den verflochten zu vermeiden. Sache der Arbeiter wird es sein, durch weiteren festen Zusammenhalt die nachfolgenden Tarifberatungen so günstig wie möglich zu gestalten. Die Haltung der Ausständigen war bis zum Schluß eine muster-gültige. Während der langen Dauer des Streiks ist nur ein einziger der Ausständigen zum Streibrecher geworden. Trotz geringer Unterstüßung haben auch die Nichtorganisierten tapfer Stand gehalten. Hoffentlich haben die letzteren aus diesem Kampf die Lehre gezogen, daß in unserten heutigen, durch Organisationen beeinflussten wirtschaftlichen Kämpfen auch die beste individuelle Leistung nicht ausreicht, um den Widerstand des Unternehmertums zu brechen, sondern daß dieses nur möglich ist durch die Kraft der Organisation.

Achtung, Puger! Auf dem Bau des Unternehmers Regel, Stralauer Allee 24, sind Differenzen ausgebrochen und ist derselbe für organisierte Puger gesperrt. Die örtliche Verwaltung.

Deutsches Reich.

Ban der Aussperrung in Hannover meldet der „Volkswille“, daß am Sonnabend ein Trupp von ca. 160 Galiziern und Rumänen nebst vier Frauen und einigen Kindern eingetroffen sei. Dieselben wurden an der Viehrampe abgeladen und dann in Reich und Glied nach der sogenannten Ebnalferne gebracht. Das Baugewerkeamt hat zwei jeder Strohhäuser lassen und neue Pferdebeden und Strohsäcke gekauft, um die Leute zu lagern. Das Gebäude, das Grundstück einer in Konkurs befindlichen Fabrik, wurde den Arbeitgebern von der Konkursverwaltung bereitwillig zur Verfügung gestellt. Damit sich die Leute Essen lochen können, werden ihnen eine Anzahl Weizen zur Verfügung gestellt, jedoch weigern sich schon jetzt eine Anzahl Diebstahls, ihnen Nahrungsmittel zu liefern, da die Arbeiterfrauen von den Geschäftsleuten forsbilden, welche für Streibrecher Nahrungsmittel oder andre Bedarfsartikel liefern. Die Maurermeister sind so mißtrauisch, daß sie vor die Arbeitswilligen keine Arbeiter, sondern einen Meister als Wächter aufgestellt haben. — Die Galizier sollen übrigens unter Vorpiegelung falscher Hoffnungen nach Hannover gelockt sein. Einer der Galizier erklärte, daß sie schon an dem Polizeiaufgebot erkannt hätten, daß es nicht wahr sei, was die Meister versprochen haben. Sie seien zur landwirtschaftlichen Ausstellung und zum Bundesfesten engagiert, da aber diese Arbeiten vorüber, würden sie anderwo nicht arbeiten! Ein Kolonnenführer ist schon auf dem Polizeibureau gewesen und hat sich über die Art und Weise der Heranschaffung nach Hannover beschwert. Auf dem Rückwege hat ein Schutzmann den Mann begleitet und in die Kaserne zurückgeführt. — Trotz dieser Vorsicht ist es den Aussperrten doch gelungen, mit den Galiziern Fühlung zu nehmen.

Die Bewegung im Baugewerbe zu Hamburg ist nun beendet. Nachdem die Maurer schon die am Sonntag von uns mitgeteilte Resolution angenommen hatten, sagte auch die Versammlung der Zimmerer folgenden Beschluß:

Die Zahlstellen-Versammlung des Centralverbandes der Zimmerer usw. ist nach Beurteilung des augenblicklichen Standes der Lohnbewegung hierorts und auswärts, im ferneren nach Kenntnisnahme eines Schreibens des Vierstädtebundes vom 15. Juli, welches das Angebot enthält, ab 16. März 1904 für die Orte Hamburg, Altona und Wandsbek die 9stündige Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn einzuführen, zu folgenden Beschlüssen gelangt: 1. Die bestehenden Sperrn, welche zur Erringung der 9stündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 70 Pf. verhängt wurden, sind hiermit aufgehoben, und wird somit das Angebot der Innung akzeptiert; 2. Auf allen Arbeitsplätzen bei Innungsmeistern, wo die 9stündige Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn eingeführt sind, wird diese Errungenschaft hochgehalten; 3. Im den Versprechungen des Vierstädtebundes, wenn im nächsten Jahre bei Einführung der 9stündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 70 Pf. dieselben Schwierigkeiten, wie im Jahre 1902 entgegengekehrt werden, auch dann im gegebenen Momente Nachdruck entgegen zu können, versprechen die Versammelten, danach hinzutreten, daß die Organisation in einem umfassenderen und nach der finanziellen Seite größeren Maßstab ausgebaut wird. Im ferneren spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß die Baugewerksinnung in keiner Weise auf die weiteren Fragen des gemeinsamen Schreibens der Organisationsvorstände vom 8. Juli eingegangen ist; sie ist vielmehr der Ansicht, daß an einen dauernden Frieden im Bereiche des Vierstädtebundes

nicht zu denken ist, solange nicht den Bauhilfsarbeitern und den in Garburg-Wilhelmsburg Beschäftigten Konzessionen gemacht worden sind.

Gegen die Resolution sprachen eine ganze Reihe Redner, jedoch fanden alle in diesem Sinne gehaltenen Anträge nicht die erforderliche Unterstützung.

Die Lohnbewegung der Mästerdampfmaschinen in Hamburg ist beendet. Vor dem Einigungsamt wurden folgende Vergleichsbedingungen stipuliert: Eine Lohnserhöhung tritt ein, falls die Konjunktur eine günstigere wird; dann soll darüber beraten werden. Alle drei Wochen gibt es einen freien Tag. Ueberstunden von länger als halbtägiger Dauer werden mit 50 Pf. bezahlt. Der Arbeiterauschuss wird anerkannt. Die gegenseitige Kündigung ist eine vierzehntägige. Die entlassenen Maschinen K. und G. werden bei Bedarf wieder eingestellt.

In den Lohnkampf der Maurer in Blauen greifen die Behörden in ganz unglücklicher Weise zu Gunsten des Unternehmertums ein. So meldet das „Sächsische Volksblatt“ aus Schödenitz: In der Donnerstagsnummer des „Zwid. Tgl.“ wurden Maurer nach auswärts bei hohem Lohn gesucht. Wären solche solche Freitagabend im Restaurant „Zur Melde“, hier. Als nun am Freitagvormittag ein Parteigenosse (Maurer) dortselbst nachfragte, wurde ihm bedeutet, er solle sich ins Gemeindegemeindeamt begeben, dort würde er vom Kassassistenten Lange das weitere erfahren. Selbstverständlich begab sich nun unser Freund schleunigst nach dem Gemeindegemeindeamt und dort wurde ihm die Mitteilung, daß die Maurer nach Blauen — bei einem Stundenlohn von 45 Pf. — gesucht würden. Wohnung würde vom suchenden Maurermeister Würdner nachgewiesen! Unser Genosse begab sich nun später nochmals nach dem Gemeindegemeindeamt und erklärte dort, daß einer seiner Kollegen mit nach Blauen zu machen die Absicht habe. Dieser wolle aber die Sache schwarz auf weiß haben. Mit der größten Bereitwilligkeit schrieb nun Herr Lange eine Karte an den fraglichen Maurermeister des Zuhalts, daß er die beiden Maurer angenommen habe und er für dieselben Logis besorgen solle. Die Karte erhielt nun unser Freund als Legitimation. — Was da die sächsischen Behörden leisten, geht allerdings weit hinaus über das, was seiner Zeit Herr v. Puttkamer in seinem berühmten Streifenlaß der ihm untergebenen preussischen Polizei zumutete. Aber die sächsischen Behörden haben ja in puncto Arbeiterbeschäftigung immer an der Spitze marschiert und das eine in Sachsen noch fehlende sozialistische Mandat scheint sie geradezu zu begeistern, auf dem so erfolgreich beschrittenen Wege weiter fortzuschreiten.

Ausland.

Feldarbeiterstreik in Galizien. Mit der beginnenden Ernte nehmen auch die Streiks der Feldarbeiter wieder ihren Anfang. Provoziert sind dieselben diesmal durch den Wortbruch der Grundbesitzer. Diese versuchten, ihre im Vorjahre eingegangenen Verträge wieder rückgängig zu machen, durch welche den Arbeitern die gehobene Garbe als Lohn zugesprochen wurde, und wollen nun wieder, wie früher, erst die erste oder zweite gewähren. Im Buczaczger Bezirk kündigten die Gutsbesitzer dies den Arbeitern an; darauf hielten die Bauern und Arbeiter von 60 Dörfern Versammlungen ab und beschloßen, unbedingt an den vorjährigen Vereinbarungen festzuhalten. An mehreren Orten ist auch das Hofgesinde am Streik beteiligt. Natürlich hat man Gendarmen nach dem Streikgebiet abgefangen.

Die Massenausperrung in Schweden.

Der Direktor von Hvilans mechanischer Werkstatt richtete kürzlich ein Schreiben an Blomquist, den Vorsitzenden des Schwedischen Gießerverbandes, worin er mitteilte, daß er sich nun nicht mehr weigern wolle, den Affordarbeitern einen gewissen Stundenlohn zu garantieren, nachdem er erfahren habe, daß fast in allen Werkstätten, namentlich in Mittelschweden, eine Garantie des Stundenlohnes bei Ausführung von Affordarbeiten geboten werde. Nach Einlauf dieses Schreibens fanden Verhandlungen zwischen dem Direktor Karlsson und Blomquist statt, verliefen jedoch erfolglos, weil der Direktor hinsichtlich der Forderungen der 8 Gießerarbeiten erklärte, daß er „nicht auf ein Zehntel derer Lohnserhöhung“ eingehen könnte. — In einem großen Teil der schwedischen Presse wird jetzt fortgesetzt für die Lösung des Konflikts durch ein Schiedsgericht Propaganda gemacht und der Vorstand des Gießerverbandes hat sich wiederholt dahingehend ausgesprochen, daß der Streik in Hvilans Werkstatt in dieser Weise beendet werden möge. Selbstverständlich kann aber damit nicht zugleich auch die Massenausperrung rückgängig gemacht werden. Die Schiedsgerichts-Entscheidungen in der Presse, schreibt „Socialdemokraten“, „mögen bedeuten, daß der Streik nunmehr nicht allein die Gießer angeht. Die andern großen Verbände, die so rücksichtslos angegriffen wurden, deren Mitglieder ausgesperrt wurden, teilweise während gerade Verhandlungen mit den Unternehmern über Kenderung der Arbeitsbedingungen stattfanden, können ja unmöglich zufrieden sein, nun eventuell wieder in Arbeit zu treten auf die Gefahr hin, wenn diese Verhandlungen wieder fortgesetzt werden, von neuem mit einer Aussperrung bedroht zu werden.“

Von dem Vorsitzenden der „Werkstättenvereinigung“, Fernström, wurde die Behauptung in die Welt gesetzt, die acht Gießer hätten sich ursprünglich ihrer Mehrheit nach mit den ihnen gebotenen Löhnen zufrieden erklärt, hätten aber dann „vom Gießerverband den Befehl erhalten unzufrieden zu sein“, und so rierte sich die Aussperrung eigentlich gegen diese „Hochversteins-Thronen“. Diese Behauptung wurde sofort vom Verbandsvorstand als durchaus falsch zurückgewiesen und in „Socialdemokraten“ als Lüge gebrandmarkt. Sie schrumpfte dann darauf zusammen, daß zwei von den Gießern zufrieden gewesen sein sollten. Aber auch das erwies sich als Schwindel. Im „Kristiansstadblad“ ist nun ein von sämtlichen acht Gießern unterzeichnetes Eingekanntes erschienen, worin sie erklären, daß nicht ein einziger von ihnen sich seinerzeit mit dem damals gemachten Angebot zufrieden zu sein erklärt hätte. Diese Tatsache wurde ausdrücklich festgestellt in einer Unterredung, die die acht Gießer vor der Abfindung ihres Eingekanntes mit dem Gießermeister, der als Verbandsmitglied geltend machte, gehabt hatten.

Die eigentliche Ursache der Massenausperrung scheint in folgendem Beschluß zu liegen, den die „Schwedische Werkstättenvereinigung“ am 14. Mai d. J. gefaßt hat:

„Die Mitglieder der Vereinigung dürfen in Zukunft nicht auf Kollektivkontrakte mit ihren Arbeitern betreffend Minimallohne, gegründet auf das Alter der Arbeiter, eingehen, auch nicht betreffend Einschränkung der Anzahl der Lehrlinge. Mitglieder der Werkstättenvereinigung, die Kontrakte dieser Art mit ihren Arbeitern haben, dürfen sie nicht erneuern.“

Auf Grund dieses Beschlusses kann man wohl annehmen, daß der Streik der Unternehmer von langer Hand vorbereitet worden ist. Wie unter dem 18. Juli aus Stockholm gemeldet wird, hat der Justizminister Ossian Bergner, der zur Zeit den Minister des Innern vertritt, eine Konferenz mit den Vertretern des Gießerarbeiter-Verbandes, die auf seine Veranlassung zu ihm kamen, gehabt. Der Minister sprach sich dafür aus, daß der Konflikt, der die Aussperrung verursacht hat, durch einen Schiedspruch erledigt werde, und erklärte sich bereit, mitzuwirken bei einer Verhandlung zwischen Delegierten beider Parteien, um eine Grundlage für einen solchen Schiedspruch zu gewinnen. Sowohl in Arbeiter- als auch in Arbeitgeberkreisen soll, so wird weiter gemeldet, die Reizung, den Konflikt durch Verhandlung und durch Schiedsleute zum Abschluß zu bringen, in letzter Zeit immer größeren Anklang gewinnen. — Die Vertreter der Arbeiter haben sich bekanntlich schon beim Beginn der Aussperrung für ein Schiedsgericht erklärt, ebenso wie der Vorsitzende des Gießerarbeiter-Verbandes bei seiner Besprechung mit dem Minister des Innern. Man kann also nun aus jener Meldung entnehmen, daß auch die Arbeitgeber zu der Einsicht kommen, daß sie mit ihren Gewaltmaßregeln kein Glück haben werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Polizei auf dem Kriegsfuß mit dem Vereinsgesetz. In Grünberg bei Oberhofen in Polen hatte der Zimmerer Timm eine Volksversammlung einberufen und als solche angemeldet. Die Polizei nahm daran Anstoß, daß, wie der Heberwächende behauptete, fast nur Mitglieder der dortigen Zählstellen des Maurerverbandes und Zimmererverbandes an der Versammlung teilnahmen. Flugs wurde „festgestellt“, daß es sich hier in Wirklichkeit um eine Verbandsversammlung gehandelt habe. Der Einberufer Timm wurde wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt, weil er es unterlassen habe, eine Mitglieder-Versammlung anzumelden, und statt dessen eine Volksversammlung, die gar nicht stattgefunden, angemeldet habe. Die abgehaltene Mitglieder-Versammlung der Zählstellen des Zimmerer- und des Maurerverbandes müsse als nicht gemeldet gelten.

Das Landgericht sprach den Angeklagten schon aus einem formellen Grunde frei, während das Kammergericht als Revisionsinstanz die Freisprechung auch materiell gut hieß und in dieser Beziehung begründend ausführte: Angeklagter müsse auf jeden Fall freigesprochen werden. § 1 des Vereinsgesetzes schreibe nur vor, daß Versammlungen anzumelden seien, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. Danach sei es nicht nötig, Vereinsversammlungen als Vereinsversammlungen anzumelden oder überhaupt nähere Angaben zu machen. Selbst wenn es sich hier um eine Vereinsversammlung gehandelt hätte, wäre deshalb aus der Bezeichnung als Volksversammlung nichts gegen den Angeklagten herzuholen.

Verfammlungen.

Centralverband der Dachdecker. Die Filiale Berlin hielt am Sonntag im Englischen Garten ihre Generalversammlung ab. Der Kassensbericht für das II. Quartal schließt mit der Einnahmenseite von 3292,16 M., die Ausgaben beliefen sich auf 1778,85 M. Von den übrig bleibenden 1513,31 M. sind 1080,05 M. an den Centralvorstand abzuführen, so daß dann der Bestand 424,26 M. beträgt. — Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. — Darauf wurde über die Arbeitsniederlegung bei der Firma Plath u. Prugel debattiert. Die Arbeit ist dort am vorigen Dienstag, nachdem der Streik einen Tag gedauert hatte, wieder aufgenommen worden. Der Arbeitgeber hatte erklärt, er werde die beiden Gehilfen, deren unsolidarisches Verhalten Ursache der Arbeitsniederlegung war, entlassen. Die Generalversammlung lehnte jedoch nach eingehender Verhandlung den Antrag auf Ausschluß der Betroffenen ab. Die Debatte über die Frage, ob die Arbeitsniederlegung zu Recht erfolgt ist, wurde vertagt. Sodann befaßte sich die Versammlung mit der Frage: Wird unser Tarif überall anerkannt? Höppler, der Vertreter der Tarifkommission, berichtete über mehrere Firmen, bei denen er durch einmütiges Vorgehen und unter Mitwirkung der Tarifkommission die Anerkennung des Tarifs erzielt werden konnte. Die Versammlung beschloß, über die Firma Schlegel Nachf., Kaiserin Augusta-Allee 9-12, wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre zu verhängen. Mehrere derartige Fälle, die noch der Klärung bedürfen, wurden der Tarifkommission zur Prüfung überwiesen. — Ferner beschloß die Generalversammlung, daß die Versammlungen künftig im Lokale von Feind, Weinstraße 11, stattfinden sollen, und daß das Protokoll des Bauarbeiterkongresses den Mitgliedern unentgeltlich geliefert werden soll.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. In der am Sonntag in den Industrie-Festhallen abgehaltenen Generalversammlung erstattete zunächst Meyner den Kassensbericht vom zweiten Quartal d. J. Mit Einschluß eines Bestandes von 80 061,95 M. betrug die Einnahme 87 176,55 M., der eine Ausgabe von 10 511,33 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Kassensbestand von 26 665,22 M. Vorausgibt wurden u. a. für die Mai-aussperrten 358,70 M., für die ausgesperrten Zimmerer in Rastatt 5686,40 M. und an die Parteikasse 1000 M. Die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Entlastung. — Hierauf sprach E. H. Fischer über die Einigungsfrage unter den deutschen Zimmerer-Organisationen. Redner gab einen Ueberblick über die Ursachen des Streites zwischen den Lokal- und Centralorganisationen und ging dann des näheren auf die vom Parteivorstand in die Wege geleiteten Einigungsbestrebungen ein. Hierbei verlas er das Protokoll einer Sitzung, die am 22. März d. J. in dieser Angelegenheit stattgefunden hat, an der sich der Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Ausschuß des Gewerkschaftsstellens beteiligten. Demnach sei es in jener Sitzung nur zu einer vorläufigen gegenseitigen Aussprache gekommen; Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Am 14. April ist sodann in einer Vertretung der Lokalorganisationen der Beschluß gefaßt, die Einigungsverhandlungen weiter zu führen. Gleichzeitig ist eine engere Kommission beauftragt worden, eine Resolution auszuarbeiten, in der die Grundlagen für eine eventuelle Einigung festzulegen waren. Diese Resolution enthält eine programmatische Erklärung, die sich im wesentlichen mit den bisherigen Kongreßbeschlüssen der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften deckt und in mehreren Nummern der „Einigkeit“ veröffentlicht ist. Eine Antwort des Parteivorstandes ist darauf noch nicht eingegangen. Fischer empfahl nun der Versammlung, einen Beschluß in dieser Sache nicht zu fassen, sondern erst abzuwarten, wie sich demnächst der 6. Kongreß der freien Vereinigung zu der ganzen Angelegenheit stellen werde. Persönlich hält er eine einheitliche Organisation der prinzipiellen Differenzpunkte wegen für abschbare Zeit ausgeschlossen und meint, es sei jedenfalls richtiger, erst die Massen der indifferenten Arbeiter überhaupt für eine Organisation zu gewinnen, ehe man dazu übergehe, bestehende Organisationen zu zerstören. Falls früher oder später aber dennoch eine Einigung im Sinne des Parteivorstandes zu stande kommen sollte, dann empfehle er, die dahingehenden Beschlüsse aber auch in voller Einmütigkeit zu beschließen, damit keinerlei Abdröckelung stattfindet. Im übrigen wünscht Redner, daß zu den zukünftigen Verhandlungen Vertreter sämtlicher auf lokalem Boden stehenden Organisationen hinzugezogen werden. — In der lebhaften Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Interesse einer gesunden Fortentwicklung der Arbeiterbewegung für eine baldige Einigung aus, denn der Zwiespalt unter den Organisationen sei verderblich. Jedoch müßten unbedingt Garantien geschaffen werden, daß die erstrebte Einigung nicht etwa einer Unterwerfung gleichläme. Geeignete Vorschläge in dieser Richtung müsse der Verband machen. Leider erweise es nur zu sehr den Eindruck, als wenn es leitenden Personen des Verbandes weniger auf eine Einigung als vielmehr auf eine bedingungslose Unterwerfung anläme, was aus verschiedenen Äußerungen derselben auf dem diesjährigen Verbandstage der Zimmerer nur zu deutlich hervorgehe. Andre Redner wünschten ein zwar getrenntes, aber freundschaftliches Zusammenarbeiten beider Organisationen, verwarfen dagegen entschieden eine Verschmelzung derselben. Alle erklärten sich jedoch mit der Vertagung der weiteren Verhandlungen bis nach dem Kongreß einverstanden. — Nach Beendigung dieser Aussprache wurde sodann Helmholz zum Bibliothekar gewählt.

Eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Leppichfabrik in Firma Proxen u. Sohn in Stralun tagte am Montag, den 18. Juli, in Schonecks großen Saal. Kollege Fritz Berger referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genannter Firma. Der Redner schilderte in kurzen Worten den Gang der Entwicklung in der Leppichindustrie. Uebergehend zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen führte er aus, daß im genannten Betrieb viel zu wünschen übrig bleibe. In der Fabrikordnung befände sich der bekannte Passus, daß die Strafgebühren zu Gunsten der Arbeiter Verwendung finden. Strafgebühren bis zu 1 M. seien bisher nicht für die Arbeiter verwendet worden. Vor einigen Monaten sei von den Arbeitern ein Fabrikauschuss gewählt und sei derselbe beauftragt

worden, betreffs Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde vorstellig zu werden. Die Fabrikleitung habe infolgedessen Fragebogen auslegen lassen, welche von fünf Sechsteln der Beschäftigten unterschrieben worden seien, die sich mit der Verkürzung um eine Stunde einverstanden erklärten hatten. Auf eine Antwort warteten die Arbeiter aber heute noch! Gegenwärtig werde noch 10 1/2 Stunden gearbeitet, die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in verschiedenen Ortschaften wohnen, hätten häufig 1 1/2 Stunden zur Arbeitsstelle. Der Durchschnittslohn der Arbeiter für gangbare Artikel betrage 10-12 M. Stopperrinnen belämen einen Anfangslohn von 10 Pf. pro Stunde. In dem Speisesaal lausen die Motten scharenweise umher. Besonders wurde hervorgehoben, daß jugendliche Arbeiter des Nachmittags ohne Besper durcharbeiten müßten. In der Diskussion ergänzte Kollege Reumann, der von der Firma genagtregelt wurde, noch verschiedenes. In seinem Schlußwort führte der Referent den Anwesenden die Vorteile einer kurzen Arbeitszeit vor Augen und forderte sie auf, sich dem deutschen Leppicharbeiter-Verband anzuschließen, denn nur durch eine feste Organisation ist es den Arbeitern und Arbeiterinnen möglich, ihre Lebenslage zu verbessern.

Der Charlottenburger socialdemokratische Wahlverein hielt am 16. Juli im großen Saale des Volkshauses seine Generalversammlung ab. Genosse Grünwald referierte über die verfloßene Reichstagswahl und die Socialdemokratie. In seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen erwähnte der Referent die Versammelten, sich nun nicht auf den Siegesorbeer, die uns die letzte Wahl gebracht hat, auszurufen, sondern sorgfältig für den Ausbau und die Stärke der socialdemokratischen Partei thätig zu sein. — An der Diskussion beteiligten sich im Sinne des gehaltenen Referats die Genossen Spörer, v. Doppel und Fleming. Im dritten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Genosse Müller die Kassensabrechnungen vom 2. und 3. Quartal, dem dann auf Antrag des Revisors Genossen Rosenkranz einstimmig Decharge erteilt wurde. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Wahl des Genossen Bruno Giesel zum Bezirksführer für den 3. Wahlbezirk bestätigt. Genosse Dunge ersuchte um eine rege Beteiligung an den vom Wahlverein arrangierten Vortragskursen über die Landtagswahlen. Vortragender ist Genosse Paul Girsch. Ferner teilte er noch mit, daß vom 15. bis 30. August die Wählerlisten zu den kommenden Stadtverordneten-Wahlen vom Magistrat ausgelegt werden. Zur Aufnahme in den Verein hatten sich 25 Genossen gemeldet, deren Aufnahme debattelos genehmigt wurde. — Nach Verlesen genehmelt gehören dem Wahlverein an: 212 Arbeiter, 1 Apotheker, 11 Buchdrucker, 7 Bauanschläger, 9 Buchbinder, 9 Wächter, 6 Brauer, 1 Bäcker, 9 Barbier, 2 Bildhauer, 1 Bierfahrer, 1 Banbeamter, 7 Cigarrenarbeiter, 3 Cigarrenhändler, 1 Dentist, 9 Dreher, 5 Drechsler, 5 Doktoren, 5 Dachdecker, 1 Diener, 5 Formner, 5 Feinseilrührer, 1 Feilenhauer, 1 Goldschmied, 4 Glaser, 1 Geschäftsführer, 3 Gärtner, 3 Gerüstbauer, 2 Hausdiener, 6 Händler, 2 Handlungsgehilfen, 3 Heizer, 4 Kellner, 10 Klemperer, 1 Kürschner, 1 Kunstfilder, 5 Kunstfärber, 1 Kunstmaler, 8 Kanfente, 1 Kanfenschmied, 1 Korbmacher, 2 Lederarbeiter, 5 Lackierer, 1 Lederhändler, 1 Lithograph, 215 Maurer, 54 Maler, 2 Maschiner, 9 Metallarbeiter, 6 Mechaniker, 3 Monteure, 1 Müller, 1 Posaumentier, 1 Packer, 1 Photograph, 15 Porzellanarbeiter, 8 Röhrlieger, 1 Redakteur, 50 Schlosser, 64 Schankwirte, 24 Schuhmacher, 8 Stukkateure, 7 Steinseher, 19 Schneider, 8 Schmiede, 2 Schriftseher, 2 Schreiber, 2 Steinmeise, 1 Stenograph, 1 Stereotypenr., 9 Stellmacher, 1 Sattler, 7 Schriftseher, 1 Scheifer, 2 Steinbrücker, 6 Schriftsteller, 1 Stealer, 7 Tischler, 7 Tapezierer, 49 Töpfer, 1 Tischner, 3 Uhrmacher, 3 Vergolter, 1 Vertwalter, 2 Werksführer, 80 Zimmerer, 1 Zeitungspediteur, 1 Zapper, 9 ohne Angabe des Berufs.

Charlottenburg. Am Mittwoch tagte im Volkshause eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Aus allen Betrieben waren die Ausfühler, Ruffahrer und Arbeiter erschienen und füllten den großen Saal. Der Referent A. Berner schilderte das elende Leben der Ausfühler, die vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht bei oftmals 16-18 stündiger Arbeitszeit gezwungen sind, zu frondeln. Die Ausführungen wurden in der darauf folgenden Diskussion noch ergänzt. Eine Resolution, welche den Ausschluß aller Kollegen an den Centralverband fordert, wurde einstimmig angenommen. Es wurde dann eine Kommission gewählt, welche beauftragt wurde, weitere Schritte zu unternehmen, damit auch in den Reihen der Ausfühler endlich einmal bessere Zustände herbeigeführt werden. Alle Kollegen, welche bereits Mitglied sind, haben eine braune Legitimationskarte, welche auf Verlangen vorzuzeigen ist. Diese Einrichtung wird von den Kollegen mit Freuden begrüßt; können sie doch auch nun beweisen, daß die sonst so verpönten „Kamotten-Ausfühler“ sich aufgerafft haben, um mit ihren Kollegen gemeinsam für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Dampferunglück in Stettin.

Der auf der Rückfahrt von einer Extrafahrt nach Diebentow begriffene, gut besetzte Dampfer „Terra“ wurde Sonntagabend 1/10 Uhr auf der Ober von dem Rüstiger Louredampfer „Hugo“ angehammt. „Hugo“ fuhr der „Terra“ in voller Fahrt in den Bug und brachte ihr ein großes Loch bei, so daß sich die Kajüte der „Terra“ sofort mit Wasser füllte und die Passagiere sich nur mit Mühe auf das Deck retten konnten. Nach dem Zusammenstoß entstand eine große Wertverwirrung. Hilferufe ertönten von allen Seiten; auf dem Hochbecken der „Terra“ entstand ein lebensgefährliches Gedränge. Ein Rettungsboot wurde herabgelassen, in das sich mehr Menschen in ihrer Todesangst stürzten, als es fassen konnte. Das Seil, mit dem das Boot besetzt war, riß, so daß das Fahrzeug umkullte. — Wie weiter gemeldet wird, sind Regierungstaucher damit beschäftigt, den gesunkenen Dampfer abzufischen, um festzustellen, ob sich in ihm Leichen befinden. Bis jetzt werden drei Personen vermißt, darunter der Rechnungsrevisor Koch vom Stettiner Ober-Landesgericht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 20. Juli. (W. S.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Wiesbaden: „Der Kaufmann Kewalter, Vertreter der Annoncen-Expedition Hasenstein u. Vogler, ist verstorben, nachdem er im Laufe der Jahre 30 000 Mark unterworfen hatte.“

Bodum, 20. Juli. (W. S.) Heute nachmittag wurde vom D.-Zug Nr. 3 auf der Station Bodum-Eind ein Rottenarbeiter überfahren und war sofort tot. Die Leiche ist bis zur Untermittlichkeit verstimmt.

Wien, 20. Juli. (W. S.) Fürchterliche Gewitter verheuten mit Hagelschlägen haben in ganz Böhmen und Mähren ungeheure Schäden angerichtet. Zahlreiche Telephonlinien sind geplatzt; die Eisenbahnzüge erleiden große Verspätungen.

Wien, 20. Juli. (W. S.) Ein Tourist Namens Dr. Keutz ist auf dem kleinen Triplad abgestürzt und erlitt schwere Verletzungen.

Lugos, 20. Juli. (W. L. V.) In der gestrigen Versammlung der Ungarischer der Aniner Werte der österreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft wurde beschlossen, wegen nicht bewilligter Lohnserhöhung in den Ausstand zu treten. Von 400 Eisenbahnern sind 300 ausständig. Im Laufe des Tages hat der Ausstand an Ausdehnung gewonnen, da sich die Arbeiter der Nagel-, Fabrik- und der Reparaturwerkstätte den ausständigen Gießern angeschlossen haben. Die Zahl der Ausständigen beträgt jetzt 1400; morgen werden sich sämtliche Bergarbeiter anschließen. Zwei Compagnien Militär wurden nach Anna entsandt.

New York, 20. Juli. (W. L. V.) Einem Telegramm aus Soledad zufolge beschossen venezolanische Kriegsschiffe das von den Aufständischen besetzt gehaltene Regierungsgebäude in Ciudad Bolivar. Es folgte ein allgemeiner Angriff. Die Regierungstruppen nahmen den Friedhof und die Straßen am Regierungsgebäude und verloren hierbei 100 Mann. Von den Aufständischen wurden etwa zwei hundert Mann getötet.

Prozeß gegen die Pommernbank.

In der heutigen Sitzung nimmt der Verteidiger Dr. Sello sein am Sonnabend abgebrochenes Plaidoyer wieder auf. Er sucht darzulegen, daß das

26 Millionen-Terraingeschäft

ein durchaus legales und die Banken nicht schädigendes gewesen sei und die aus den später erzielten Verkaufspreisen herausgerechneten Verlustziffern nicht zu Ungunsten der Angeklagten ins Gewicht fallen können. Die Angeklagten können beanspruchen, daß man die Not- und Schleuderpreise der Strelitzbank ihnen nicht als Norm für ihren guten und bösen Glauben entgegenhalte. Es sei in der Verhandlung unwillkürlich nachgewiesen, wie die Neue Mecklenburg-Strelitzische Bank die Grundstücke unter dem Werte verschleudert habe. Die Verluste der Pommernbank seien auf denselben Grund zurückzuführen. Herrn Geh. Rat Budde sei gewiß kein Vorwurf daraus zu machen; er sei ein ausgezeichnete Minister in Sondershausen gewesen, aber er hat die Geschäfte des Direktors einer Hypothekenbank doch erst kurze Zeit in Händen gehabt. Und Herr Direktor Guthmann kann nicht leugnen, daß die von der Mecklenburg-Strelitzischen Bank erzielten Verkaufspreise mit den Schätzungen der Mecklenburgischen Regierungskommission in Widerspruch stehen. Der Beauftragte derselben, Bauart Sillig, hat seine Taten aufs sorgfältigste vorbereitet und aufs sorgfältigste abgegeben und es hat sich gezeigt, daß sämtliche gewährten Darlehne innerhalb 66 Proz. der Sillig'schen Taten lagen. Herr Sillig hat hervorgehoben, daß sämtliche Beleihungen der Pommernbank und Strelitzbank durchaus sicher seien und eine Beschädigung der Pfandbriefgläubiger nach keiner Richtung hin zu befürchten sei. Herr Dr. Guthmann hat hier bezeugt, daß er der Meinung gewesen sei, man thäte besser, mit Verkäufen zu warten, daß aber die Grundstücks-Abteilung der Bank auf schnellen Verkauf gedrungen habe. Diese Verkaufspreise kann man also nicht, wie die Staatsanwaltschaft versucht, als Belastung gegen die Angeklagten verwenden. Die Verteidigung muß aber auch gegen den formalistischen Standpunkt protestieren, den der Staatsanwalt zu der

Frage der Untreue

einnimmt, indem er einfach sagt: „Es ist völlig unerheblich, ob die Angeklagten glücklich, wie erst die Zukunft zeigen kann, oder unglücklich, wie es nach den bisherigen Erfahrungen den Anschein hat, spekuliert haben. Die bloße Thatsache, daß sie überhaupt spekuliert haben, genügt, den Vorwurf der Untreue zu rechtfertigen.“ Das ist entschieden zurückzuweisen! Man kann unmöglich sagen: Die Angeklagten haben Terrains und Baustellen beliehen, also müssen sie verdrämt werden. Damit würde man den Erfahrungen, die sich aus dem praktischen wirtschaftlichen Leben unserer Zeit herausgebildet haben, direkt ins Gesicht schlagen. Es ist ja auch herausgefunden, daß vor dem Jahre 1900 zahlreiche Hypothekenbanken Terrains- und Baualand-Beleihungen als Pfandbrief-Unterlage benutzt haben. Solche allgemeinen Behauptungen darf also die Staatsanwaltschaft nicht als beweiskräftig aufstellen; es kommt einzig und allein auf die Prüfung des einzelnen Falles an.

Der Verteidiger wendet sich sodann der Frage der angeblichen

Bilanzverschleierungen

zu. Er giebt ohne weiteres zu, daß in dieser Beziehung nicht in allen Punkten korrekt und nach den Statuten verfahren sei, sucht aber zu beweisen, daß bei diesen Inkorrektheiten eine böse Absicht unmöglich obgewaltet haben könne. Er verweist insbesondere darauf, daß alle diese Geschäfte durch die Hände des Herrn Horwege gegangen sind, der doch allerseits als durchaus gutgläubiger und treuer Mann geachtet wird. Man kann doch unmöglich Schuld für den Inhalt der Bilanzen verantwortlich machen, wenn er wußte, daß diese Thätigkeit in so vorzüglichen Händen ruhte. Man könne, wenn man dies bejahte, schließlich zur Konstruktion der „präsumtiven“ Schuld, zu dem Gebilde eines verantwortlichen Redakteurs der Bilanzen. Was

die Herausgabe von Pfandbriefen ohne ausreichende Unterlagen betrifft, so ist der Angeklagte Schulz in seinem guten Glauben geteilt durch den guten Glauben von Horwege. Was nicht in der Ordnung und was statutenwidrig ist, ist noch lange keine bewusste Untreue. Hervorzuheben ist, daß während der Zeit, als die Angeklagten die Pommernbank leiteten, kein einziger Pfandbrief notleidend gewesen ist und daß selbst zu der Zeit, als der schöne, von der Konkurrenz in Scene gesetzte Run auf die Pommernbank begann, die Angeklagten noch im Stande gewesen sind, rund 17 1/2 Millionen rückstehender Pfandbriefe schlanweg einzulösen. Es darf behauptet werden, daß die Pfandbriefinhaber der Pommernbank, jetzigen Berliner Hypothekenbank in der Lage sind, etwaige durch die Reorganisation entstandene Verluste durch Gewinne an den kurzen der Aktien der Berliner Hypothekenbank wieder auszugleichen. Diese Einbuße war aber überhaupt nicht nötig, denn die Pfandbriefgläubiger waren durch die liquiden Mittel der Bank vollständig gedeckt. Die eingehenden juristischen Ausführungen in dieser Beziehung gipfeln in dem Vortrage eines vom

Justizrat Dr. Stauß

in einem Briefe an den verstorbenen Justizrat Mündel abgegebenen Gutachtens, das sich der Verteidiger dahin zu eigen macht: „Es fehlt zur Konstruktion des Betruges vollständig an dem Kriterium der Vermögensschädigung. Es ist dabei zu bedenken, daß nach dem Rechte vor dem 1. Januar 1900 die Pfandbriefgläubiger kein Sonderrecht an denjenigen Hypotheken und Grundschulden hatten, welche als sogenannte Pfandbriefunterlage erworben werden mußten, weder ein Pfandrecht noch auch ein konfiskatorisches Absonderungsrecht. Diese Unterlagen waren keineswegs besondere Sicherheiten für die Pfandbriefgläubiger. Vielmehr haftete den Pfandbriefgläubigern das gesamte Vermögen der Gesellschaft und umgekehrt hafteten jene sogenannten Unterlagen allen Gläubigern der Gesellschaft, also auch insbesondere sonstigen Hypothekengläubigern oder sonstigen persönlichen Gläubigern der Gesellschaft. Die Pfandbriefgläubiger hatten keine Einzelhaftigkeit, sondern die Sicherheit der Pfandbriefgläubiger bestand in dem gesamten Vermögen der Gesellschaft; sie war vorhanden, wenn das gesamte Vermögen der Gesellschaft zur Dedung der Forderungen aller Gläubiger ausreichte. War dies der Fall, so war es unerheblich, ob Hypotheken und Grundschulden der im § 24 der Statuten bezeichneten Art im Reimbetrage der ausgegebenen Pfandbriefe vorhanden waren. Die Pfandbriefgläubiger hatten gleichwohl die Gewähr voller Befriedigung. Reichte aber das gesamte Vermögen zur Dedung aller Gläubiger nicht aus, so war es wiederum unerheblich, ob gerade Hypotheken und Grundschulden der § 24 bezeichneten Art im Reimbetrage der ausgegebenen Pfandbriefe vorhanden waren. Die Pfandbriefgläubiger erhielten gleichwohl keine volle Befriedigung, denn jene Unterlagen waren einfach Bestandteil der Masse und mußten zur gleichmäßigen Befriedigung aller Gläubiger herangezogen werden. Nach dem neuen Hypothekengesetz (§ 35) ist das bekanntlich anders. — Weht man daher davon aus, daß das Vermögen der Pommernbank zur Befriedigung aller Gläubiger ausreichte, oder, was für die strafrechtliche Seite der Sache genügt, nahm dies der Vorstand an, so liegt

keine vorsätzliche Schädigung

vor, auch wenn die sogenannten Unterlagen im Sinne des § 24 nicht in vollem Maße vorhanden waren. Denn der Pfandbriefgläubiger erwarb eine Forderung, deren wirkliche Gesamtunterlagen, wie sie § 25 der Statuten ergibt, zur Dedung der Pfandbriefe ausreichten. Er erwarb also eine Forderung, für welche volle Dedung vorhanden war, und sein Vermögen war nicht geschädigt.“

In Bezug auf den angeblich verübten Betrug gegen die Pfandbriefbesitzer — so fährt der Verteidiger fort — zerfällt deshalb das fadenförmige Gewebe der Anklage, wo man es auch anficht. Noch weniger kann die Rede davon sein, daß durch die Ausgabe der nicht ausreichend gedeckten Pfandbriefe eine Untreue gegen die Gesellschaft begangen sei, denn keineswegs erleidet die Gesellschaft dadurch notwendigerweise einen Nachteil, daß Hypotheken der im § 24 bezeichneten Art in geringerer Umlaufzahl erworben werden, als dies statutarisch vorgeschrieben ist.

Justizrat Dr. Sello erörtert sodann die Vermögenslage der Immobilien-Verkehrsbank und der Immobilien-Erwerbsgesellschaft.

Er führt aus, daß die Angeklagten aufs emsigste bestrbt gewesen seien, die wirtschaftliche Existenz dieser jetzt von der Anklage als quantitas negligible behandelten Bank hochzuhalten und zu heben und daß sie überzeugt sein konnten, in ihr eine völlig zahlungsfähige, potente Schuldnerin zu erhalten. — Der Verteidiger geht die einzelnen Geschäfte durch, in denen die Anklage Untreue durch Abschichtung minderwertiger oder wertloser Vermögensgegenstände auf die Immobilien-Verkehrsbank erlidi und sucht in jedem dieser Fälle die Ansicht des Staatsanwalts durch juristische Gründe zu widerlegen. Er führt aus, daß alle von der Staatsanwaltschaft gegen den Wert, mit dem die Strelitzbank der Immobilien-Verkehrsbank angerechnet werden, geltend gemachten Momente nicht stichhaltig seien und die Angeklagten durchaus in gutem Glauben gehandelt haben.

Eine längere Erörterung widmet der Verteidiger dem fünften Abschnitt der Anklage, bei welchem es sich um die

Untreue gegen die Strelitzbank

durch Verkauf von Pommernaktien handelt, und kommt dabei zu dem Schluß, daß durch die Hingabe dieser Aktien die Strelitzbank nicht geschädigt worden ist und eine Untreue nicht gefunden werden kann, da die Angeklagten ihrerseits von dem Werte der Aktien voll überzeugt sein konnten.

Was hat uns die Verhandlung gezeigt?

Absonderliche Verbrecher sind uns in den Personen der Herren Schulz und Romeid nicht entgegengetreten, nicht einmal absonderliche Menschen, die weder in gutem, noch in bösem Sinne auf anderem Niveau stehen als andere Menschen, höchstens könnte man sagen, daß bei dem Angeklagten Schulz die Stürmen erregende Befersung des Materials eine phänomenale Begabung darstellt. Untreue und Verschleierung wird den Angeklagten vorgeworfen: zwei etwas bedenkliche strafrechtliche Begriffe! Von vornherein wollte es mir nicht in den Sinn, daß sie bewußt untreu gegen die Pommernbank gehandelt haben könnten, der sie ihre beste Arbeitskraft gewidmet hatten, der sie Ansehen, Prestige und Vermögen zu danken hatten. Sie können sich geirrt und falsche Hoffnungen gehegt haben, aber es ist unverständlich, warum sie absichtlich zum Nachteil der Bank gehandelt haben sollten. Und nun die „Verschleierung“? Ist man denn wirklich der Meinung, daß die Bilanz irgend einer Aktiengesellschaft nach jeder Richtung hin und in jedem Punkte die volle und unzweideutige Wahrheit sagt? Wenn man mit dem Wahnsinn dieser absoluten Wahrheitspflichten irgend eine Bilanz prüft, so dürfte man wohl überall auf den einen oder anderen Punkt treffen, der der hochgepumpten Wahrheitsforderung nicht entspricht. Solange wir nicht in einer utopisch geläuterten Atmosphäre leben, werden solche Ungenauigkeiten in Bilanzen immer wieder vorkommen.

Was die Angeklagten

Boht und Hanel

betrifft, so bin ich sicher, daß sie aufrechten Hauptes diesen Saal der Schande, aber auch der Bezechthgkeit verlassen werden. Die Legende von einem schänden Komplot ist durch die Verhandlung vernichtet worden und die Angeklagten werden den großen Rest ihrer Tage verleben können in dem Bewußtsein, daß ihre Nachkommen in der überausigen Mehrzahl Schuler an Schulter mit ihnen gekämpft haben und ihre Ehre unbedeckt ist.

Nach einer Pause erhält als der letzte Verteidiger Rechtsanwält Dr. Werthauer das Wort: Die Beurteilung der Angeklagten beruht in wesentlichen auf der Frage, ob die Angeklagten wirklich einen materiellen Schaden dem großen Publikum zugefügt haben, insbesondere in Höhe von fast dreißig Millionen, wie der Reorganisationsbericht der Banken glauben machen wollte. Diese Frage müsse entschieden verneint werden. Die Bankkommission habe geschätzt, wie man etwa schätze, wenn man einen Ausverkauf veranstalten wolle, und nicht so, wie der wirkliche Wert bei einer ruhigen, ordentlichen Regelung sich ergeben haben würde. Hinzukomme, daß gerade

die Darmstädter Bank

nach ihrem von ihrem Direktor anerkannten Geschäftsbericht mit einem sehr schlechten Geschäftsjahre abgeschlossen habe und selbst die Reorganisation als ein ungemein gutes Geschäft in ihrem Jahresberichte verzeichnet habe. Sie habe dabei fast eine Drittelmillion verdient. Sie habe deshalb ein lebhaftes Interesse daran, ihre Schätzungen, die ja als Ausverkaufspreise auch richtig seien, aufrecht zu erhalten. Die Annahme aber, daß an den Hypotheken demnach einmal etwas oder gar 16 Millionen verloren werden könnten, habe sich nach keiner Richtung hin bestätigt, im Gegenteil, heute, also nach zwei Jahren, seien angeblich wirklich an Verlusten erst eine Million entstanden, während die bloßen Reorganisationskosten etwa 1 1/2 Millionen betragen hätten. Es sei weder die Reorganisation, noch die Liquidation nötig gewesen, die entstandenen Verluste seien lediglich durch die unbegründete Reorganisation entstanden.

Noch weit günstiger liege

das Verhältnis bei der Strelitz-Bank.

Nach den maßgebenden Sätzungen seien deren Terrains allein vier Millionen mehr wert als die darauf ruhenden Hypotheken, so daß von einem Verlust hier gar keine Rede sein könne. Auch bei der Strelitzbank beruhen die übrigen Verluste auf Rückforderungen an die Nebengesellschaften, die wiederum nach einer Auffstellung der Bücherrevisoren gegen Herausgabe der Aktien einfach hätten getilgt werden können.

Nach Beendigung der Ausführungen wird die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr vertagt. Es sollen dann die Entgegnungen des Staatsanwalts und die Gegentreten der Verteidiger und der Angeklagten stattfinden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Gößlich, Frankfurter Chaussee 120. Aufnahmen neuer Mitglieder finden auch in dieser Versammlung statt.

Schöneberg. Heute Dienstagabend findet bei D 51, Weiningerstraße 8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht außer den Kassen- und Vereinsangelegenheiten ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil: „Die Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen“.

Heldensdorf. Die Versammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 21. d. M., bei Giese, Zeltwerstraße, statt. Genosse Grundwald spricht über: „Die Reichstagswahlen und ihre Lehren“. Gäste sind willkommen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Lokales.

Bildhauer Manzel gegen seinen „Kollegen“.

Wir hatten kürzlich über einen Streit berichtet, der zwischen dem Bildhauer Prof. Ludwig Manzel zu Friedebau und der Friedebauer Ortskrankenkasse darum entstanden ist, ob Herr Professor Manzel seinen Atelierdiener zur Krankenversicherung hätte anmelden müssen oder nicht. Herr Manzel hatte das nicht getan. Nachdem dann der Diener erkrankt war und seine Stellung hatte aufgeben müssen, war Manzel von der Kasse in Anspruch genommen worden, hatte aber erklärt, Künstler seien nicht versicherungspflichtig und zu den Künstlern gehöre auch der Atelierdiener.

Ueber das Verhältnis, das zwischen diesen beiden „Künstlern“, dem Professor und seinem Atelierdiener, bestanden hat, werden uns nun allerlei Dinge mitgeteilt, die das Verhalten des Herrn Professor Manzel gegen seinen „Kollegen“ als ein recht „unkollegiales“ kennzeichnen. Der durch Herrn Manzel zum „Künstler“ erhobene Diener war bei Manzel, bevor dieser die geschiedene Frau eines anderen Bildhauers heiratete, lange Zeit ein „Mädchen für alles“, das die Junggesellenschaft des Herrn Professor in Ordnung zu halten hatte. Ursprünglich war er in der That ein „Künstler“ gewesen, allerdings kein Bildhauer, sondern nur ein bescheidener Künstler, der am Trapez arbeitete. Zu Manzel kam er 1894 als Modell; an dem Monumentalbrunnen zu Steint, der Manzels Ruf erst begründet hat, kam man die Schönheit des ehemaligen Künstlers bewundern. Der Modellstecher wurde von 1894—96 in der üblichen Weise gegen tägliche Vergütung beschäftigt, rückte dann aber 1897 in die Stelle eines Dieners. Als solcher hatte er nicht nur das Atelier zu reinigen und zu ordnen und Herrn Professor Manzel persönlich zu bedienen, sondern mußte zeitweise, so lange Manzel sich ohne Wirtschaftlerin behalt, auch als halbe Köchin fungieren. Der Diener versichert, er habe unter den Launen seines Herrn schwer zu leiden gehabt und sei von ihm so böse „gezwiebelt“ worden, daß er mehrmals kündigt und nur auf Manzels Bitten und mit Rücksicht auf die Familie, die er selber zu erhalten hatte, sich immer wieder zu längerem Weiden entschloß.

Bei einem Künstler nimmt man am Ende ein gewisses Quantum Lammhaftigkeit als unvermeidlich mit in den Kauf. Herr Manzel hat aber, nachdem sein Diener im Ende Oktober 1902 verlassen hatte, gegen diesen einen so hartnäckigen Kampf geführt, daß man schon nicht mehr von bloßer Laune sprechen kann. Daß Herr Manzel die Versicherungspflicht nicht anerkennen will, hatten wir bereits erwähnt. Diese Angelegenheit hatte für ihn einen unangenehm metallischen Beigeschmack, da er ja wegen Unterlassung der Anmeldung Strafe zu erwarten hatte und für all die Jahre nachzahlen mußte. Die viele Jahre der Diener als solcher bei dem Professor beschäftigt gewesen war, darüber gingen die Meinungen der Beteiligten auseinander. Herr Manzel vertrat merkwürdigerweise den Standpunkt, daß er seinen Atelierdiener nur ganz kurze Zeit gehabt habe. Als dieser nach seinem Dienstaustritt um Ausstellung eines Zeugnisses bat, wurde ihm zunächst im November bescheinigt, daß der Künstler und Modellstecher Herr S. . . . vom 1. Januar 1900 bis zum 31. Oktober 1902 als Atelierdiener in Stellung gewesen sei. Für die Zeit vor 1900 wollte Herr Manzel nur zugeben, daß S. von ihm „einige Zeit für gewisse Stunden des Tages beschäftigt worden“ sei. Einen Monat später, nachdem S. sich an einen Rechtsanwalt gewandt hatte, hielt Herr Manzel in einem zweiten Zeugnis zwar daran fest, daß die Stellung des Atelierdieners erst 1900 begonnen habe, aber er fügte doch hinzu, daß S. für ihn schon seit Januar 1897 täglich mehrere Stunden, durchschnittlich den halben Tag, derlei Dienstleistungen wie Votengänge und dergleichen gegen entsprechend monatliche Entschädigung ausgeführt habe. Wieder zwei Monate später wurde in einem dritten Zeugnis, das S. sich durch Klage erzwang, von Herrn Manzel endlich bescheinigt, daß S. vom Januar 1897 bis zum 31. Oktober 1902 bei ihm „in Stellung gewesen“ sei, und zwar sei er bis zum 1. Januar 1900 „meist einen halben Tag oder auch mehr mit Votengängen und den Berichtigungen eines Atelierdieners beschäftigt“ gewesen, von da an sei er während des ganzen Tages als Atelierdiener, in der letzten Zeit auch für persönliche Bedienung tätig gewesen. In ähnlicher Weise hat Herr Prof. M., als es sich darum handelte, die unterbliebene Invalidenversicherung des Dieners zu regeln, zunächst gemeint, daß S. erst seit 1900 Diener bei ihm gewesen sei. Er gab auch eine entsprechende Erklärung ab, doch erzwang sich S. auch hier die Richtigstellung.

Der Streit ist noch nicht zu Ende geführt. Herr Manzel, der den von der Krankenkasse bei ihm eingeforderten Betrag deponiert hat, aber auf Rückzahlung klagt, will ja durch alle Instanzen gehen, um endgültig feststellen zu lassen, daß sein Sohn Intender, Stuben aussehender, koteletts bratender Atelierdiener kein Diener gewöhnlicher Art, sondern bei Lichte besehen ein Stück „Kollege“ von ihm war. Der „unkollegiale“ Künstler thäte besser daran, den von ihm begangenen Fehler einzusehen und zuzugeben. Auf dem Wege, den er wandelt, ist wirklich kein Ruhm für ihn zu ernten.

Leer ausgegangen! Die Stiftungsdeputation des Magistrats

macht im Auftrage des Kuratoriums der Theresen-Lefmann-Stiftung durch das „Gemeindeblatt“ bekannt, daß die diesjährige Verteilung der aus dieser Stiftung zu Unterstützungszwecken verfügbaren Mittel bereits stattgefunden hat. Bei der Menge der eingelaufenen Bewerbungen, von denen nur 47 berücksichtigt werden konnten, sei es nicht möglich, jeder einzelnen Bewerberin besonderen Bescheid zu geben. Wie viele Bewerbungen tatsächlich eingelaufen sind, wird in der Bekanntmachung nicht angegeben; ihre Zahl pflegt aber, soviel wir wissen, bei der Lefmann-Stiftung abjährllich in die Tausende zu gehen! Die Lefmann-Stiftung ist bestimmt zur Unterstützung von unverheirateten Mädchen und Witwen, denen ein Ernährer fehlt. Sie gehört zu denjenigen Stiftungen, deren Statuten ausdrücklich vorschreiben, daß vor jeder Verteilung öffentlich zur Einreichung von Gesuchen aufgefodert werden muß. Bei allen Stiftungen, denen das vorgeschrieben ist, wird Jahr für Jahr dieselbe Erfahrung gemacht: es laufen Hunderte, ja Tausende von Gesuchen ein, aber die Mittel sind so gering, daß immer nur ein paar Duzend berücksichtigt werden können. Das Mißverhältnis zwischen dem Umfang der bestehenden Not und der Höhe der zu ihrer Linderung vorhandenen Mittel tritt hier besonders padend hervor. Solche Beispiele zeigen recht deutlich, wie unzureichend die oft gehörte Behauptung ist, daß die sogenannte Wohlthätigkeitspflege ausreiche, um in Ergänzung der öffentlichen Armenpflege auch der verschämten Armut zu helfen und das Elend zu lindern.

Mit 140 000 Mark durchgegangen ist der 37 Jahre alte Bankassistent Hugo Jakobus, der am 18. April 1866 in Schivelbein als Sohn eines Kaufmanns geboren ist, hier Schönebergstraße 16 bei einem Konditor zwei möblierte Zimmer inne hatte und seit 9 Jahren in dem Bankgeschäft und Sanatorium von Gebrüder Schindler, Anhaber Josef Schindler, Königgräberstraße 105, als Kassierer eine Vertretungsstellung besaß. Diese hat er bewußt, um nach und nach die lagernden Depositen zu veräußern und mit dem Geld für sich zu spekulieren. Bei einer Revision zum Schluß des vorigen Vierteljahres hatte Schindler die Veruntreuungen entdeckt und Jakobus beurlaubt, um Mittel und Wege zur Dedung der Fehlbeträge in Pommern aufzufinden. Schindler selbst hat zur Dedung der Depots die zum 1. d. M. fälligen Hypothekenzinsen in Höhe von 25 000 M. bewußt, weil er hoffte, daß es ihm und Jakobus gelingen würde, dem gut beleumundeten Schindler'schen Geschäft den Zusammenbruch zu ersparen. Jakobus hatte in Pommern kein Glück und vom 15. d. M. um Nachurlaub gebeten. Er hatte die Absicht, in London durch Spekulationen mit einer ihm noch verbliebenen Summe das Geld

wieder zu beschaffen. Davon wußte aber Schindler nichts. Als er es erfuhr, begab sich Schindler am 18. d. M. nach Hamburg, um dort Jakobus zu treffen und von dem Vorhaben abzubringen. Was nun dort vorgegangen ist, entzieht sich der Öffentlichkeit. Aus Hamburg ging heute morgen ein Brief Schindlers hier ein, der dort am 19. d. M., abends zwischen 10 und 11 Uhr, aufgegeben war und die Mitteilung enthielt, daß Schindler die Zahlungseinstellung seines Hauses nicht überleben könne, da er als Ehrlicher in die Sache ohne sein Verschulden geraten sei; beim Eintreffen des Briefes sei er bereits tot. In Berlin wurde die Polizei sofort benachrichtigt. Der Kriminalinspektor Hillmann wurde mit der Sache betraut, der nach einer eingehenden Untersuchung das Geschäft heute mittag schloß. Anzunehmen ist, daß sich Jakobus nach Argentinien gewandt hat. Von Schindlers Verbleib ist bisher in Hamburg auf Nachfragen dortselbst nichts zu ermitteln gewesen.

Beuarbeiterkühn! Auf dem Neubau Elisabeth-Ufer 52 (am Engelbecken), der Firma Schärer gehörig, ereigte sich am Sonnabend nachmittag etwa um 3 Uhr ein schreckliches Bauunglück. Während noch die Abbrucharbeiten ausgeführt werden, sind die hinteren Waulichkeiten schon bis zum zweiten Stock gebrochen. Hier werden die Steine durch einen Fahrstuhl in die einzelnen Etagen hinaufbefördert und dann mittels Seilwinde nach den Standplätzen der Maurer gebracht. Ueber einen Schacht, wie man und sagte, sei es ein Treppenturm, war hier eine Rüstung gelegt, die namentlich in Bezug auf das Absteifen viel zu wünschen übrig ließ. — Dieselbe Rüstung, die wir im andern Schacht sahen, entsprach keineswegs den polizeilichen Vorschriften. Der Mittelbalken, der die ganze Last zu tragen hatte, war nicht einmal gestieft! — Ueber diese Rüstung führte ein Schienenstrang für die Seilwinde. Als nun eine der mit den Steinen beladenen Seilwinde, circa 15 Centner im Gewicht, wieder auf die Rüstung gebracht wurde und dort stand, brach dieselbe plötzlich mit lautem Krachen zusammen und stürzte in die Tiefe, drei Arbeiter unter den Trümmern begräbend. Die Polizei war alsbald zur Stelle, ebenso wurde die Feuerwehr herbeigerufen. Die unglücklichen Opfer waren inzwischen von den Arbeitern aus ihrer schrecklichen Lage befreit, dieselben wurden schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Leider konnten wir dieselben nicht mehr sehen. Das Unglück wäre nicht so schrecklich gewesen, wenn die Etagen der polizeilichen Vorschrift gemäß abgedeckt worden wären. Ueberhaupt herrschen auf dem Bau in Bezug auf Abdeckung der Balkenlagen, Geländerumfriedigungen und Absteifungen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Verletzt wurden ein Maurer und zwei Arbeiter, namentlich der erstere ist sehr schwer verletzt. Der auf dem Bau anwesende Polizeilieutenant wurde mitschuldig über die Gefährlichkeiten, die auf dem Bau bestehen, sachgemäß unterrichtet. Wann endlich wird der Forderung der Centralverbände der baugetverblichen Arbeiter nach ständiger Bautenkontrolle stattgegeben werden?

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen ereignete sich Sonntagabend gegen 8 Uhr an der Ecke der Brücken- und Veteranenstraße. Dort kreuzte ein Straßenbahnwagen der Linie 51, bestehend aus dem Motorwagen Nr. 2245 und dem Anhänger 1154, von der Invalidenstraße kommend, die Brückenstraße, als der Motorwagen Nr. 1349 der Linie 39, welcher die Brückenstraße hinauffuhr, auf den ersteren zu losfuhr. Dem Führer des Wagens 1349 gelang es nicht mehr, diesen zum Stehen zu bringen und so war der Zusammenstoß unvermeidlich. Mit großer Wucht fuhr der Motorwagen in den Zug der Linie 51 hinein und war der Anprall so heftig, daß sämtliche drei Wagen entgleisten. Drei Passagiere, welche auf der Hinterplattform des Motorwagens 2245 standen, erlitten hierbei leichte Verletzungen, während der bedienende Schaffner dieses Wagens eine starke Quetschung des Oberarmes davontrug. Der Materialschaden, welcher durch den Zusammenstoß an allen drei Straßenbahnwagen verursacht worden ist, ist bedeutend.

Zwei Bootsunfälle verursachten gestern unter den Tausenden von Ausflüglern an der Obersee große Aufregung. Gegen 1/4 Uhr nachmittags mietete ein Unteroffizier des Garde-Mitralieure-Regiments in dem Jemmerschen Lokale ein Boot und nahm in demselben mit zwei Damen Platz. Die beiden Mädchen ruderten, während der Soldat das Steuer führte. In der Nähe der Abtei, etwa 20 Meter vom Ufer entfernt, schlug das Boot, wie es heißt infolge einer Unvorsichtigkeit des Ruderers, um und alle drei stürzten in das Wasser. Der Soldat, ein geübter Schwimmer, rettete sich, ohne sich um seine Begleiterinnen, die sofort in den Fluten versankenen, sich zu kümmern, an das Ufer der Abtei-Insel. Der Unfall war von Tausenden von Ausflüglern beobachtet worden und es gelang auch den zahlreichsten, zu Hilfe eilenden Personen, die beiden Damen, die bereits die Besinnung verloren hatten, den Fluten zu entreißen. Die Verunglückten wurden nach dem Jemmerschen Lokal zurückgebracht, woselbst sofort erforderliche Wiederbelebungsbemühungen angestellt wurden.

Der zweite Unfall ereignete sich fast zu derselben Zeit bei Ober-Schöneweide. Hier rannte ein von zwei Männern geführtes Auerboot, wahrscheinlich infolge ungeschickter Steuerung der Maschinen, seitlich einen vorbeifahrenden Schleppdampfer an. Der leichte Mädchen schlug um. Die Bedienungsmannschaften des Dampfers, dessen Maschine sofort stoppte, unternahmen selbst Rettungsversuche, die von Erfolg waren. Die Verunglückten, die den Unfall selbst verschuldet hatten, wurden bei Ober-Schöneweide gelandet.

Unfälle im Straßenbahnbetriebe. Beim Vesteigen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens schwer zu Schäden gekommen ist am gestrigen Nachmittag gegen 2 Uhr die fünfundsiebzigjährige Frau Minna Schramm. Die Sch. versuchte an der Endhaltestelle in der Bankstraße einen soeben abgefahrenen Motorwagen der Linie Gesundbrunnen-Kreuzberg zu besteigen, kam jedoch hierbei zu Fall und stürzte so unglücklich auf den Fahrdamm, daß sie eine Gehirnerschütterung erlitt. Die Leichtsinrige wurde mittels Droßke nach der Charité gebracht. — Ein Zusammenstoß zwischen dem Straßenbahnwagen Nr. 2340 und der Droßke 8898 fand gestern Sonntag nachmittag, kurz nach 3 Uhr, an der Ecke der Gläster- und Kobalitzstraße statt. Der Droßkenkutscher versuchte mit seinem Gefährt kurz vor dem herankommenden Straßenbahnwagen das Geleis zu kreuzen, wobei der Motorwagen von dem Straßenbahnwagen zur Seite geschleudert wurde. Durch den heftigen Anprall wurde sowohl der Kutscher, wie auch die zwei in der Droßke befindlichen Fahrgäste auf den Fahrdamm geworfen. Während der Koffelcenter und einer der beiden Fahrgäste unverletzt blieben, erlitt der zweite Fahrgast, der Student G. Deckert, Vorkriegstraße 21 wohnhaft, einen Bruch des linken Unterarmes. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der Unfallstation konnte der Verunglückte nach seiner Wohnung geschafft werden.

Explosion in den Potsdamer Bierhallen. Gestern abend 5 1/2 Uhr waren die Arbeiter bei den Gasanlagen im Erweiterungsbau thätig, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Der Druck war so gewaltig, daß ein großer Teil Putz von der Decke herunterfiel.

Ein äußerst dreister Diebstahl wurde am Sonntag verübt. Ein blau angelegter Geschäftswagen mit braunem Pferd der Firma Otto Brandstetter, Eisenacherstr. 15, auf welchem sich Wurst und Schinken im Werte von 6—700 M. befand, wurde gestohlen.

Das Skelett eines Mannes wurde bei den Ausgrabungsarbeiten für den Teltowkanal im Sumpf am Teltower See bei Giesdorf aufgefunden. Die sofort von dem Funde in Kenntnis gesetzte Staatsanwaltschaft des Landgerichts II stellte fest, daß das Skelett schon Jahrhunderte lang an jener Stelle geruht haben muß, da die Knochen bereits verfault waren.

Aus der Charité ausgebrochen ist der 30 Jahre alte Einbrecher Paul Bräutigam, der Schreden der Berliner Vororte. Auf sein Konto entfallen viele Diebstahl- und Wohnungseingriffe. Bei einem Mord, den er im Februar in eine Villa zu Schloßensee beging,

wurde er gefaßt und dem Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II eingeliefert. Nach berühmtem Muster spielte er dort den Irren und wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes am 16. Juni dieses Jahres der Heilen Charité zugewiesen. Dort hat er aus einem Draht, mit dem der Verschluß einer Seltersflasche gebildet war, einen Dietrich hergestellt, mit dem er kunstgerecht seine Zelle öffnete und auf den Flur gelangte. In aller Stille suchte er einen Abort auf und entsprang aus diesem durch das nicht vergitterte Fenster. Nun ist er mit Leichtigkeit weiter entkommen. Auch er trug Anstaltskleidung, wie Mannesfeste in Herzberge, auf seiner Flucht.

In Wasser gesprungen ist am Sonntagabend um 11 1/2 Uhr ein etwa 16-jähriges Mädchen vor dem Hause Planufer 16. Schiffer und Schuttmänner machten sich gleich an das Rettungswerk, konnten aber nur eine Leiche landen. Das junge Mädchen ist bisher unbekannt geblieben. Es ist hellblond, hat in der Wäsche das Zeichen G. K., trägt eine schwarz und weiß gestreifte Bluse, einen grau und schwarz gepulverten Rock und Schuhe, die mit rotem Plüsch gefüllt sind.

Wegen Verdachts des Raubmordes verhaftet wurde der 57-jährige Gärtler Wilhelm Latwaczel aus der Remelerstraße 26. Die That liegt mehrere Monate zurück und wäre fast ungesühnt geblieben. Der Verhaftung liegt der folgende Thatbestand zu Grunde: Am 28. März d. J. wurde der 78 Jahre alte Arbeiter Schmidt auf freiem Felde bei dem Orte Jven tot aufgefunden und begraben. Bezüglich der Todesursache entstand kein Verdacht, bis kürzlich ein Sohn des Schmidt aus Riga bei der Staatsanwaltschaft in Greifswald über den Verbleib seines Vaters Nachfrage hielt. Dabei ergab sich, daß Schmidt aus Riga nach Deutschland gereist war, um bei Anklam Verwandte zu besuchen. Bei der Abreise auf dem Dampfer „Sedona“ wurde Schmidt seines hohen Alters wegen von dem in Riga lebenden Sohn dem mitreisenden Latwaczel übergeben. Beide kamen in Stettin an und machten sich zu Fuß auf den Weg nach Anklam. Der greise Sch. war im Besitz von 1200 Mark. Der Verdacht fiel natürlich auf den Begleiter, der aber zuerst nicht ermittelt werden konnte. Jetzt sind die näheren Umstände bekannt geworden. Auf der Wanderschaft kehrte L. mit Sch. in Jven in ein Wirtshaus ein und kaufte in einer Flasche Schnaps. Dann will L. umgekehrt und nach Anklam zurückgegangen sein, weil er den ihm anvertrauten Greis einem dritten Unbekannten übergeben habe, der ihn an das Ziel der Reise bringen wollte. Nun wurde aber ermittelt, daß Latwaczel, der zu seiner in Berlin lebenden Familie reisen wollte, diesen Weg nicht einschlug. Er fuhr nach Potsdam und hielt sich dort unter falschem Namen auf. Endlich kam er nach Berlin, ohne aber seine im Jahre 1898 hier zurückgelassene Ehefrau aufzusuchen. Obgleich er in Riga seine Geliebte Wilmann mit zwei Kindern ohne Mittel zurückgelassen hatte und auch wegen schlechter Finanzlage dort seine Stellung in einer Lampenfabrik abgegeben hatte, schickte er von hier an seine „Braut“ zuerst 75 und dann 65 Rubel ab. Endlich im laufenden Monat Juli tauchte er bei seiner Frau mittellos auf. Bei seiner Vernehmung hier hat er sich nicht nur in Widersprüche wegen seiner Geldmittel verwickelt, sondern der Verhörde sogar einen wichtigen Fingerzeig zur Aufklärung des Raubmordes gegeben. Er meinte, daß es sich bei Schmidt höchstens um einen Giftmord handeln könnte. Das könnte aber ihm nicht zur Last gelegt werden, denn die Schnapsflasche habe er mit sich genommen bei der Trennung, habe den Unfall unterwegs an Mauer verschluckt und die Flasche zerbrochen. Die gerichtsarztliche Deffnung der Leiche des wieder ausgegrabenen Schmidt wird Näheres ergeben.

Ueberrfahren. Montagvormittag 1/11 Uhr wurde vor dem Hause Huldstr. 7 zu Nixdorf ein ungefähr 5-jähriges Mädchen durch den Motorwagen Nr. 31 der Expeditionsfirma Fahrtenzug, Nixdorf, Walderstraße 22/23, über die Straße gefahren. Man brachte es zu dem in derselben Straße wohnenden Dr. Schönfeld, welcher die Ueberrfahrung nach dem Krankenhaus veranlaßte. Wenn das Kind gehört, konnte nicht festgestellt werden, da es niemand kannte. Den Richter trifft keine Schuld, da die Kleine direkt in die Räder gerannt ist. Mehrere Augenzeugen gaben dem wie zerfahretter dastehenden jungen Mann ihre Adressen, womit er sofort nach dem dicht gelegenen Polizeipräsidium ging und den Fall meldete.

Durch Messerhiebe schwer verletzt wurde ein Streik mit einem seiner Kollegen der 29-jährige Arbeiter Riedel, Mehrerstraße 13, der bei der Firma Kössmann u. Kühnemann in Arbeit steht. Er erhielt mehrere Stiche in die Wade, in den Unterschenkel und eine lebensgefährliche Verletzung der Bauchhöhle, so daß die Eingeweide hervorbrangen. Auf Anordnung des sofort erschienenen Arztes der Unfallstation IX wurde der Schwerverletzte nach der königlichen Klinik gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Dienstag, den 21. Juli, letzter Unterrichtsabend in Rede-Übung. Während der Ferien ist die Bibliothek jeden Donnerstagabend von 8—9 Uhr geöffnet. Sonntag, den 26. Juli, Billenfahrt mit Musik nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt früh 1/2 8 Uhr von der Hoase-Brauerei, Schleisestraße 28. Billets (1,30, Kinder frei) sind bis Freitagabend in der Schule; bei Dorich, Engel-Ufer 15; Gottfr. Schulz, Kottbuser Thor; Reul, Barnimstr. 42; Bogel, Demminstr. 32; zu haben. Sonnabend nur noch im Gewerkschaftshaus und bei Dorich, Engel-Ufer 15, eventuell Sonntag früh an der Abfahrtsstelle. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Einen Selbstmordversuch machte die 31-jährige Ehefrau des Wainzerstraße 7 wohnhaften Droßkenkutschers Kischke, indem sie sich mit einem Handtuch in die Draht schob. Die Schwerverletzte, welche nervenscheidend ist und die That in einem Anfall von Geistesstörung begangen haben dürfte, wurde nach dem Kreis-Krankenhaus in Wittich übergeführt. — Beim Auffinden eines Kachilagers schwer verunglückt ist der 41 Jahre alte Arbeiter Theodor Naake. Derselbe war seit längerer Zeit wohnungslos und wollte auf einem Heuboden des Grundstückes Kottbuser Damm 85 nächtigen. Hierbei stürzte er aus beträchtlicher Höhe ab, wobei er sich außer schweren inneren Verletzungen einen offenen Bruch des linken Ellenbogengelenks zuzog. Erst am nächsten Morgen wurde der Verunglückte aufgefunden und nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft. — Auf der Straße vom Tode ereilt wurde vor dem Hause Hermannstr. 115 die 52 Jahre alte verehelichte Auguste Prochnow geborene Ehrentreich aus der Delbrückstr. 86. Ein Arzt konnte nur den infolge Schlaganfalles eingetretenen Tod konstatieren. Die Leiche wurde nach der Wohnung gebracht. — Durch Hufschlage verletzt wurde beim Einfangen eines Pferdes, das sich losgerissen hatte, der in der Sachsen-Weißlag-Schmiede, Kottbuser Damm 87, beschäftigte Schmiedelehrling August Michaelis aus der Waldemarstr. 64 in Berlin. M. wird in der elterlichen Wohnung behandelt.

In der letzten Sitzung der Brüder Gemeindevertretung teilte der Gemeindevorsteher ein Schreiben der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn mit, in welchem ausgeführt wird, daß die verschiedenen Wünsche der Brüder Einwohnerschaft auf Verkehrsverbesserungen nicht erfüllt werden könnten. So könnte die Verlängerung einer Brüder Linie bis nach dem benachbarten Johannisthal nur dann erfolgen, wenn die Gemeinde eine Garantie von 35 Pf. für jedes zu leistende Wagenkilometer übernehme. Da die Straßenbahn in keiner Beziehung den Vorortgemeinden entgegenkommt, will Wittich wenigstens jetzt darauf bestehen, daß die Südliche Vorortbahn die vertragmäßig herzustellende Verbindung mit dem benachbarten Ludow Schleimigst zur Ausführung bringt. — Für die Anlage eines Hafens des Teltowkanals am Tempelhofer Weg in Wittich bewilligt die Vertretung einen Kostenbeitrag in Höhe von 100 000 M., da ohne den Hafen der ganze Kanal für die Gemeinde wertlos wäre. Der genannte Betrag soll

als Darlehen von der Teltowischen Kreis-Sparkasse entnommen werden. — Den Nachtwächtern wird ein jährliches Kleidergeld im Betrage von 50 M. gewährt. — Die Anstellung eines weiteren Lehrers wird genehmigt.

Nowawes. Die Frage der Einrichtung einer Klärstation und Kanalisation für unseren Ort wird endlich einer ernsthaften Erörterung unterworfen werden müssen. Schon zu verschiedenen Malen haben unsere Genossen in der Gemeindevertretung auf die Wichtigkeit dieser Sache hingewiesen; jedoch wurde die Angelegenheit stets wegen der hohen Kosten und der schlechten finanziellen Verhältnisse der Gemeinde zurückgestellt. Jetzt scheint man sich nach höheren Oris für die Sache zu interessieren, denn in voriger Woche erhielt der Gemeindevorstand ein Schreiben der Regierung, in welchem Bericht angefordert wird darüber, in welchem Stadium sich die fragliche Angelegenheit befinde; es wird in dem Schreiben bemerkt, falls die Gemeindevertretung sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellt, sie hierfür triftige Gründe anzugeben hätte. Es wird — wie wir hören — die nächste Sitzung der Gemeindevertretung die Angelegenheit einer Beratung unterziehen. Wir können nur hoffen, daß etwas Ersprießliches dabei herauskommt; wenn wir auch die finanzielle Seite der Frage nicht unterschätzen, so müssen wir doch hervorheben, daß die jetzigen Zustände auf die Dauer unhaltbar und der Gesundheit nicht weniger als zuträglich sind. In dieser Sache lag übrigens der letzten Gemeindevertreter-Sitzung eine bemerkenswerte Offerte vor. Danach erbietet sich eine Firma, eine Klärstation nach einem ganz neuen System zu erbauen und zwar darat, daß die Fäkalien vergast und dieses Gas zur Bereitung von elektrischem Licht verwandt werden soll. Da eine solche Station noch nirgends errichtet ist, will die Gemeindevertretung vorerst noch eine abwartende Stellung hierzu einnehmen.

Neues von dem arbeiterfreundlichen Herzen der Heeresverwaltung. Man schreibt uns aus Spandau: Die hiesige Bevölkerung ist bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein durch die neueste sociale Großthat der Heeresverwaltung in begreiflicher Aufregung versetzt. Am Montag sind fast in sämtlichen hiesigen Staatsbetrieben neue Massenänderungen von Arbeitern vorgenommen worden, insgesamt sollen etwa 600 Kündigungen ergangen sein und weitere Kündigungen sollen noch bevorstehen. Man munkelt schon vor der Reichstagswahl von neuen Massenentlassungen, weil man dies von früheren Wahlen so gewöhnt war. Eigentümlicherweise blieben dieselben diesmal aber aus, und nun, nachdem die Wahl beendet ist und das für das Wohlstandsgewinn erwünschte Resultat gehabt hat, daß der „schlichte Mann“ aus Potsdam noch einmal, wenn auch nur mit Mühe und Kraft gewähnt worden ist, jetzt wirken diese neuesten Massenänderungen völlig überraschend. Nachdem erst im vorigen Jahre ca. 1500 Arbeiter entlassen worden sind und der Arbeiterbestand einzelner Betriebe um 25 Proz. und darüber vermindert wurde, erscheint die neueste Großthat der Heeresverwaltung geradezu als eine wirksame Wahllehre für alle jene Arbeiter, die auch bei der letzten Reichstagswahl aus anergozogenem Stimmensinn, nicht aus immerster Ueberzeugung für den falschen Arbeiterfreund Pauli gestimmt haben.

Hat doch Herr Pauli, der kurz vor der Wahl in „Arbeiterfreundlichkeit“ machte, den Staatsarbeitern das Blaue vom Himmel versprochen und sich der besten Hintertreppenbeziehungen mit dem Kriegsministerium gerühmt. Nun vermöchte er nicht einmal die neuesten Massenänderungen zu verhindern. So „harmlos“ tarziert ihn die Heeresverwaltung — sehr richtig — ein! Jetzt allerdings sucht Herr Pauli wenigstens zum Scheitern seinen Einfluß zu beweisen, er soll — wie die hiesige Lokalpresse triumphierend verkündet — bereits im Kriegsministerium vorgeprochen haben, aber — helfen wirds doch nicht!

Auf den einzigen Ausweg allerdings verfallen die Paulis nicht, — aus Furcht, der Socialdemokratie Konzeptionen zu machen. Es ist das die von unfer Seite längst empfohlene Verkürzung der Arbeitszeit! Durch die Verkürzung der jetzt 10stündigen Arbeitszeit um eine Stunde wäre es schon im vorigen Jahre möglich gewesen, die Profosmachung von circa 1500 Familien zu vermeiden!

Durch die neuesten Massenänderungen wird die gesamte Spandauer Bürgerchaft auf das schwerste beunruhigt; nicht nur die Geschäftsleute, Handwerker, Hauswirte u. werden dadurch empfindlich in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch die städtische Armenkasse wird wiederum arg bedroht. Somit droht der Militarismus der Stadt Spandau vollends zum Verhängnis zu werden! Es ist schwer zu erklären, daß im Feuerwerks-Laboratorium, wo der Arbeiterbestand im vorigen Jahre schon von ca. 2400 auf 1800 vermindert wurde, jetzt wiederum ca. 350 Arbeiter gekündigt werden, ohne daß man gehört hat, daß auch das Aufsichtspersonal nur annähernd in gleichem Maße vermindert worden wäre. Wie will man es im Kriegsministerium rechtfertigen, daß zur gleichen Zeit, wo angeblich der größte Arbeitsmangel in den hiesigen Staatsbetrieben herrschen soll, der befreundeten Privatfirma Krupp die Umänderungen der Feldgeschütze übertragen werden? Wie wollen nicht dem Beispiel des liberalen „Anz. f. d. H. v. e. L.“ folgen, der dem Kriegsministerium — allerdings ungewollt — unterstellt, die neuesten Massenänderungen entspringen nur der Absicht, die Staatsarbeiter für ihre „ewige Klagerlei“ zu strafen. Wir können nicht glauben, daß der kommende Kriegsminister einer Politik der Bosheit das Wort redet.

Aber Rechenschaft wird von dem neuen Kriegsminister, wenn nicht früher, dann bei der Beratung des Militär-Etats im nächsten Frühjahr gefordert werden.

Nieder-Barnim. Im Verwaltungsbericht für den Kreis Nieder-Barnim wird unter andern auch über die gewerblichen Anlagen des Kreises berichtet. Es waren am Ende des Jahres 1902 in gewerblichen Anlagen beschäftigt in 1309 Betrieben erwachsene männliche Arbeiter 24 034, Arbeiterinnen von 16—21 Jahren 1588, Arbeiterinnen von über 21 Jahren 2838. Junge Leute von 14—16 Jahren männliche 1160, weibliche 514. Arbeiter überhaupt 30 134.

Auf Genauigkeit kann der Bericht wohl keinen Anspruch machen, wie wir aus folgendem nachweisen zu können glauben. Es sind unter andern Industriezweigen die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion mit 37 Betrieben angeführt. Dieselben sollen angeblich beschäftigten 21 männliche Arbeiter, 94 weibliche Arbeiter und 8 Arbeiter unter 16 Jahren, insgesamt 123 Arbeiter. Wenn auch leider keine Kontrolle über die Heimarbeit ausgeübt wird, so kann es doch als feststehend betrachtet werden, daß jeder einzelne der größeren Vororte mehr als 37 herartiger Betriebe mit insgesamt mehr denn 123 Arbeitern beschäftigt. Gerade die Kleider- und Wäsche-Konfektion hat sich in ungeahnter Weise nach den Vororten gedrängt, da die großen Konfektionsgeschäfte sich um die Versicherungs-pflicht der Heimarbeiter in den Vororten nicht zu kümmern brauchen und die Versicherungspflicht für die Heimarbeiter nur für den Stadtkreis Berlin existiert. Da die Behörden für die Versicherungspflicht der Heimarbeiter nicht zu haben sind, wäre es wohl an der Zeit, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen Anträge stellten, um durch Ordnung die Versicherungspflicht für die Heimarbeiter festzulegen. — Aus dem Bericht der Handwerkskammer lassen sich einige sehr interessante Daten über die Lehrlingszählerei anführen. Allen voran steht die Schmiede- und Schlosser-Zunft mit 185 Mitgliedern, diese beschäftigen nur 77 Gesellen und 136 Lehrlinge. Glaser und Maler beschäftigen 83 Gesellen und 94 Lehrlinge. Maurer 423 Gesellen und 371 Lehrlinge. Schuhmacher 51 Gesellen und 41 Lehrlinge. Interessant sind die Zahlen der Seidenweber- und Weber-Zunft mit 166 Mitgliedern, 8 Gesellen und keinen Lehrling, wohl der beste Beweis für den Untergang des Handwebstuhls und der traurigen Lage der Weber, welche in Bernau wohnen und ein lärgliches Leben führen.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Juli 1903. Etwas kühler, veränderlich, vielfach möglich mit leichten Regenschauern, meist schwachen westlichen Winden und fortwährendem Gemitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin.
Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3:
Beratung, Vortrag des Herrn Dr. Berghel über: Geistige und
nervöse Erkrankungen. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. — Gäste
willkommen.
Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885 (G. S. 71).
Dienstag, den 21. Juli 1903, abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte
Jakobstr. 99: Sitzung.
Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute abend
8 1/2 Uhr im Restaurant Niesel, Stralauerstr. 57: Mitgliederversammlung
und Vorstandssitzung.

Briefkasten der Redaktion.

E. M. 15. 1. Siloah, die Betonung muß auf die Silbe so gelegt
werden. 2. U. A. m. g. — Um Antwort wird gebeten. — Fußball. 1. Es
ein Arbeiter-Fußballklub besteht? Uns nicht bekannt; vielleicht kann aus
dem Abonnementbrief die Frage beantwortet werden. 2. Nächstens im
juristischen Teil. — A. B. 1. Können wir leider nicht ausfindig machen.
Bismarck liegt in Bayern (Regierungsbezirk Pfalz). 2. Zunächst später.
C. B. 12 frag früher die Nummer 62. Die Ummummierung
erfolgte im Frühjahr 1892. — Clara, Ausbildung zur Hebammen: Wenden

Sie sich an das Polizeipräsidium, Abteilung für Bekammentosen. —
Brandenburgische Aufnahme zur Entbindung erfolgt in der Charité
ohne vorherige Meldung, wenn sich bereits Wehen bemerkbar machen.
Die Kosten können abgezahlt werden in Raten, deren Höhe sich nach dem
Einkommen richtet. Ihr Kind brauchen Sie in der Charité nicht kaufen zu
lassen. — W. D., Gastwirt. Die Entfernung beträgt weniger als
2000 Meter.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere
Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. **Die Expedition.**

Theater.
Dienstag, den 21. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Die Geisha,
über: Eine japanische Theater-
geschichte.
Weichen. 100 000 Thaler.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Lucia von Lammermoor,
Cavalleria rusticana.
Thalia. Das Alter.
Velle Alliance. Die Köhlin, oder:
Itta aus dem Elend.
Carl Weiss. Das Geheimnis des
roten Hauses.
Apollo. Die Liebesinsel. Speciali-
täten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Reichshallen. Gastspiel von Winter-
Tymian.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze
zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS
Panoptikum
Friedrichstr. 163.
Neu! Die zusammen-
gewachsenen
Neu! Schwestern,
zwanzig Jahre alt, spielen
Geige!

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze
zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS
Panoptikum
Friedrichstr. 163.
Neu! Die zusammen-
gewachsenen
Neu! Schwestern,
zwanzig Jahre alt, spielen
Geige!

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

Prater-Theater
Stations-Allee 7-9.
Direktion: **M. Kalbo.**
Täglich: **Johanniszauber.**
Operetten-Burleske in 4 Akten
von Z. Gerde.
Konzert und Ball.
U. a.: **Georgio Langhe, Excelsior-
Chansonette, Rasiopa, Tom Jongleur.**
Neu! The Berlings, Neu!
die singende Puffler.
Schröder u. Dantzer ??? Affen-
streiche, große Pantomime der Gellin-
Truppe. Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf.,
nun 50 Pf.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Saalier-Saal: **Tanz.**

Ostbahn-Park.
Am Mühlentorplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Zeitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommersfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten**
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeehäuser ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Nordtore, Blumenstand etc.
In den Sälen: Familien-Kränzchen.

Schloss Weissensee.
Zum Sternöcker, Inhaber: **G. Koch.**
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Reisenprogramm, 40 Nummern. Am Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfeste mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstr-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeehäuser. — Selbstbelustigungen aller Art.

Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft
vormals **W. A. Boese & Co.**
Nachdem auf 344 Aktien unserer Gesellschaft die Zuzahlung
von M. 400.— pro Aktie gegen Gewährung eines Gewinnanteil-
scheines und Abstopfung der Aktien in Vorkaufaktien geleistet
und somit die nach dem Generalversammlungs-Beschluss erforder-
liche Mindestzahl von 2500 Aktien bereits um 941 Aktien über-
schritten worden ist, gelangt der Beschluss der ausserordentlichen
Generalversammlung vom 20. Juni cr. zur Durchführung. Der
Aufsichtsrat hat indessen beschlossen, den noch ausstehenden
Aktionären nachträglich Gelegenheit zur Zuzahlung zu geben, zu
welchem Zwecke eine Nachfrist präklusiv bis zum 10. August cr.
einschliesslich gewährt wird. Eine weitere Verlängerung der Frist
wird unter keinen Umständen mehr erfolgen. Demzufolge wird es denjenigen
Aktionären, welche die Zuzahlung bisher nicht geleistet haben,
anheimgestellt, dieselbe bis zu dem bezeichneten Termin bei einer
der nachbenannten Stellen:
in Berlin bei der Deutschen Genossenschafts-Bank von Soergel, Parrisius
& Co., Commanditgesellschaft auf Aktien,
den Herren **F. W. Krause & Co.,** Bankgeschäft,
in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Genossenschafts-Bank von Soergel,
Parrisius & Co., Commanditgesellschaft auf
Aktien,
Pfälzischen Bank,
Bank für industrielle Unternehmungen,
dem Bankhause **Bass & Herz,**
Bankhause **Wm. Schlutow**
in Stettin
nachzuholen. In Betreff aller Einzelheiten wird auf die Bekannt-
machung vom 24. Juni cr. Bezug genommen.
Berlin 18. Juli 1903.
Der Vorstand der Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft
vormals **W. A. Boese & Co.**
E. Hartsfeld. K. Kunze. 2148L.

Dem Beerdigungsvorstand der Berliner
Zimmerer sowie Freunden und
Bekanntem, die zu unser 50jährigen
Jubiläumfeier erschienen waren, be-
sonders dem Herrn Vorstand für
seine Aufmerksamkeit, sagen wir hier-
mit unsern herzlichsten Dank. 27126
Albert Elsholz u. Frau.

Danksagung.
Für die überaus vielen und herz-
lichen Beweise der Liebe, Verehrung,
Blumen- und Kränzchen und der
innigen Teilnahme bei der Beerdigung
meines geliebten Gatten und Vaters
August Hänsel sage allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
den Kollegen der Firma 2 Treitel
und der Firma Alar, sowie dem
Rathhaus „Hohenhausen“ und dem
Berliner Raucherbund meinen herz-
lichsten Dank. 27015
J. Hänsel nebst Kinder.

Abstinentenheim
(G. G. m. b. H.)
Dienstag, den 28. Juli 1903,
abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Neue
Schönhauserstr. 12:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bestätigung der Liquidation.
Der Vorstand:
Wilhelm Giehm, Oskar Koselowski.

Inhaber eines Hauses mit 7 Riets-
wohnungen und Geschäften, für
jegliches Geschäft passend, Restaurant
mit Saal, Garten und Regalbahn,
geräumige Veranda- und Fremden-
zimmer wünschenswert halber zu
verkaufen. Reflektanten bitte mit mir
direkt in Verbindung zu treten.
**Franz Köber, WBC-Str. 17, Bismarck-
20892* (Medl.-Schwerin).**

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Dieserantl. Dis- u. Hilfs-Krankenlassen.
Berlin C., 20062*
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit einsti-
chen Belotten, angenehm und weich
am Körper.

Kopfläuse nebst Brut ver-
schwinden sofort
unschädlich. Erfolg
überauschend.
In Drogerien 30 Pfr. „Puffi“

60 Pfundern, frisch aus dem
franco P. Napp, Ewinemünde Nr. 56.
5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
6 Stück für 10 Pf. **Abrechts Bäckerei:**
Wangelstraße 9, Krautstraße 19,
Faldenteichstr. 28, Lauferstr. 2,
Wartstraße 6, Stand 222/23,
Wartstraße 1, Stand 16/18.

Auf allerbequemste Art
Teilzahlung!!!
(wöchentlich 1 Part)
Herren-, Damen- u. Wecker-
Uhren, Regulateure,
Broschen, Ringe, Ketten.
Juhre & König,
15082*
Warschauerstr. 72.

Charlottenburg.
F. Kunsimann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Gold-
arbeiter.
Grosses Lager, billige
Preise. — Reparaturen
schnell, billigst.
Stempel-Fabrik
von 1903/42*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefern schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Rautschnur-Typen „Verfert“
zum Zusammenfügen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.
17120*

Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.
10,870 Geldgewinne zwar
ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn **Mark**
100 000
Lose a 3,30 Mk. (Porto u. Liste
30 Pfg.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW, Wilsonkerstrasse 63.
O., Andreasstrasse 46a.
O., Oranienstrasse 177.

Portièren
17120*
Specialität! (ca. 200 Genro)
Einzelne Garnituren spottbill.
ca. 600 Illustr.
Special-Katalog gratis u. franco.
Teppich-
Specialhaus **Emil Lefèvre,**
Oranienstrasse 158 Berlin
S.

Allen Genossen und Kollegen
die traurige Nachricht, daß am
20. Juli, mittags 1/2 1 Uhr, mein
lieber Mann, unser Vater, der Buch-
druckerei-Hilfsarbeiter 27156
Heinrich Jahns
im vollendeten 47. Lebensjahre
nach kurzem aber schweren Kranken-
lager verstorben ist.
Wwe. Johanna Jahns
und Kinder.
Die Beerdigung findet am
23. Juli, vormittags 10 Uhr, vom
Krankenhaus am Urban aus nach
dem Friedhofe der Freireligiösen
Gemeinde in der Pappel-Allee
statt.
Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege und Arbeits-
nachweiser
Heinrich Jahns
am 20. Juli plötzlich gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
23. Juli, vormittags 10 Uhr, vom
Krankenhaus am Urban aus nach
dem Friedhofe der Freireligiösen
Gemeinde statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchdruckerei-Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege und Arbeits-
nachweiser
Heinrich Jahns
am 20. Juli plötzlich gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
23. Juli, vormittags 10 Uhr, vom
Krankenhaus am Urban aus nach
dem Friedhofe der Freireligiösen
Gemeinde statt.
Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein
im 8. Berliner Reichstags-Wahl-
kreis.
Den Genossen zur Nachricht,
daß das Mitglied
Karl Kümmel
plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 21. Juli, vormit-
tags 11 1/2 Uhr, von der Halle
des städtischen Central-Friedhofes
in Friedrichsfelde statt. 240/15
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht.
Der Vorstand.

Socialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Süd-Osten.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Buch-
drucker
Max Schröder
Lauferstraße 16, Stadtbezirk 93,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Charité am Reuen Thor
aus statt. 2413/12
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht.
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 18. d. M.,
verstarb nach langen schweren
Leiden unser geliebter Sohn und
Bruder
Edmund Friebe
im Alter von 28 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 21. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle der Charité am Reuen Thor
aus statt. 2415/2
Die tiefbetrübten Eltern
und Geschwister.

Am Sonnabend, den 18. Juli,
verstarb nach langem Leiden unser
Mitglied
Edmund Friebe.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 21. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle der
Charité am Reuen Thor aus statt.
Um rege Beteiligung er-
sucht.
124/14 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonntag, den 19. Juli,
vormittags 11 Uhr, überlebte
uns während unrer Sitzung die
Kunde, daß die Frau unfres Ob-
manns **August Lange** im
Alter von 26 Jahren plötzlich ge-
storben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Wahlverein Weissensee.
Zahlstelle Birkenwerder.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, am Trauerhause,
Görschstrasse, aus statt. 223/1

Prinzen-
Str. 41.
Specialarzt für
[8/17]
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Große Specialitäten-
Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Gastspiel des Papernald-Theaters
Die Waldler. 30 Personen.
Die Köhlin oder **Itta aus dem Elend.**
Im herrlichen Sommergarten:
Konzert, Specialitäten-Vorstellung.
Aga überflügelt durch Ad-Ad.
Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.
Wiederauftreten von **Robert Steidl.**
Täglich: **Die Liebes-Insel**
mit dem sensationellen **Post-Ballett.**
George Usranis Burleske-Pantomime.
Der Kosmogroph: Neue Serie.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 191. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Konz. u. Donnerst.
nach der Soiree: **Tanz.**

Schweizer-Garten
am Königsberg, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und
Artisten-Vorstellung,
und Volksbelustigungen.
Anf. 5 Uhr. Entrée 30 Pf.
Zum erstenmal in Berlin:
Die lebende Mühle.
Sensationssymphonie der Familie
Szemanovicz.
Abends 10 Uhr: **Die Amazonengarde.**
Aufhaltungspose in 2 Bildern.

Reichshallen
Nur bis
31. Juli!
Gastspiel
**Winter-
Tymian**
mit seiner
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Sonntags, 1. August: Wieder-
beginn der Soireen der **Stettiner**
Sänger.

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang 4 Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Lina Goltz
Vortragskünstlerin.
Die Tritons,
Taucher u. Schwimmkünstler,
5 Minuten unter Wasser.
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den sechsten Monat
den Kopf über **AGA!**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Vollständig neues Programm.
Novität! Novität!
Verbotene Wege.
Vollständig mit Erfolg in 2 Akten von
Hans Müller.
Anfang 4 Uhr.

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichte
Riesens-Juli-Programm!
Gentaro Kikuta, Amanda Harold,
Hedwig Mora. Die vier Vollmer.
The Byrons. Elsa & Paul Jescheck.
Duskes Bioskop usw.
Sonnt., Sonntag, Montag: **Tanz.**
Anf. Bochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
8 1/2 Uhr:
Im Hause der Irrungen.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Anfang 6 Uhr.
Kaffeehäuser von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung
im Saale.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Heute sowie täglich:
der unerreichte das beste
riesengroße
Juli-Spielplan.
Dugo Schulz X Fredoff
Rossee X Lecocardi-Truppe
The Firm X Starlings
Häbele-Truppe.
Um 8 Uhr: Brausender Beifall
über das bis jetzt unerreichte
Gesangs-Vollstück
Licht und Schatten
mit Arthur Winkler vom Thalia-
Theater als Gast.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf.
Am 1. August: Arthur Winkler-
Benefit.

Königstadt-Kasino.
Dolomatschstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrl. Garten: Tägl.
Grossart. Programm.
Ely Delianey, Eugen Milardo,
Bonnat-Trio, Miss Bella Field,
Dethmar u. Margarit, Rud. Schaupt.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Buss Salon und Garten
Inh. **Chr. Theel.**
Gr. Frankfurterstr. 85,
empfiehlt sich den geehrten Verehrern
zu bester Gelegenheit. Montag, Mittwoch
und Sonnabend frei. 21204*

In Ltr.-Fl. em-
pfehle: Cognac
1,25-10,35, Rum
1,00-5,60, Nord-
häuser 0,45-1,35,
Liqueure, Eier-
cognac, Citronen-
und Himbeersaft,
und u. billige.
Chausseestr. 55,
Liqueurfabrik.
Carl Schindler.

Spek, mager, a Pfd. 70, bei 548. 65 Pf.
fetter, 70, 5, 65
Delikatessschinken, ohne Knochen,
a Pfd. 95 Pf. 20102*
Rohschinken . . . a Pfd. 115 Pf.
Landschinken . . . 95
Wiesballeberwurst . . . 55
Feine Leberwurst . . . 85
Pomm. Landseberw. . . . 90
Thür. Honigwurst . . . 55
Pfeilschwanz . . . 65
Pomm. Landrotwurst . . . 90
Salami u. Schladw., weiche, 95
Wesff. Schladwurst a Pfd. 125
Thür. . . . 145
Lindenstr. 10.
E. Klähn, Oranienstr. 154.
werden täglich
gründlich gereinigt.
1 komplettes Bett nur 3 Mark.
Bett-Specialgesch., Berlin,
Retzlaff, Alte Jakobstrasse 57/59.

Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.
10,870 Geldgewinne zwar
ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn **Mark**
100 000
Lose a 3,30 Mk. (Porto u. Liste
30 Pfg.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW, Wilsonkerstrasse 63.
O., Andreasstrasse 46a.
O., Oranienstrasse 177.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Strasse 2.**
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Girlanden
usw. werden fein u. preiswert gefertigt.
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42
u. Brunnenstr. 6.
Großartige Auswahl
von **Kindern-
Sport- und
Puppenwagen.**
Best. Fabrikat billigst.
Teilzahlung gestattet

